

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 5/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.98, wo keine Post am Orte, Mf. 3.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infanteriegebäude
Bericht für die Hauptstadt
Gemeinde aber deren Name
25 Pfennige, für Provinz- und
Kriegsmannschaften
15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 201.

Donnerstag, den 30. August 1906.

17. Jahrgang.

Lehrer und Sozialismus.

Vor einiger Zeit hat die „Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ in Hamburg eine von dem Volksschullehrer Herrn Heinrich Schumann verfaßte Broschüre erscheinen lassen über das Thema: „Die staatliche höhere Mädchenschule in Hamburg als Einheitschule“. Obgleich nur aus Anlaß eines bestimmten Falles verfaßt, ist die kleine Schrift doch auch außerhalb Hamburgs höchst lesenswert, weil sie in überzeugender Weise nicht nur die Vorzüglichkeit, sondern die pädagogische Notwendigkeit der Einheitschule überhaupt nachweist. Es ist hier wieder einmal der alte, nicht seltenere Fall zu sehen, daß eine sachliche Forderung der Sozialdemokratie von den Fachleuten gutgeheißen und übernommen wird, nur um ihres sachlichen Wertes willen, ohne daß die Fachleute den Zusammenhang der Forderung mit dem Sozialismus ahnen. Herr Schumann behauptet, daß man die Einheitschule, die an sich keine Frage der Politik sei, zu einem Kampfbild in den sozialen Klassenkämpfen gemacht hat, erklärt aber zugleich, daß die Volksschullehrer keinen Grund hätten, sich der Bundesgenossenschaft der Sozialdemokraten zu schämen. Die Einheitschule habe mit der Sozialdemokratie als politische Partei nichts zu tun, ist seine Meinung. Wertwüchtig, daß trotzdem nur die Sozialdemokratie „als politische Partei“ die Einheitschule fordert, während (wie Herr Sch. selbst auf Seite 35 sagt) die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit noch abwehrend oder gar feindsüchtig unserem höchsten Ideal gegenüber stehen. Nun, unsere Leser kennen den Zusammenhang, und von Herrn Sch. steht zu hoffen, daß er sich in vielleicht gar nicht langer Zeit ebenfalls zu dieser Erkenntnis durchringen wird. Er hat nämlich jetzt schon gemerkt: „Durch Errichtung der Einheitschule könnte die Position des vierten Standes in diesen (den sozialen) Kämpfen gestärkt werden. Möglicherweise verweigert man ihm die Einheitschule.“ (S. 35.) Ueber diese Seite der Sache können wir also für heute hinweggehen. Aber der oben erwähnte Satz (S. 36) fährt fort:

„Die Einheitschule hat mit der Sozialdemokratie als politische Partei ebenso wenig zu tun, wie die politische Ueberzeugung des Lehrers mit seiner Lehrtätigkeit.“

Auch das ist eine Behauptung, die, bei aller Trefflichkeit der Schrift, den durchaus hourgeizigen und deshalb falschen Standpunkt des Verfassers kennzeichnet. Auf den ersten Blick mag's richtig scheinen. Was hat die politische Ueberzeugung mit dem Beruf zu tun? Bei manchen Berufen trifft's auch zu. Wenn zum Beispiel die Tätigkeit eines Mannes von früh bis spät darin besteht, Kohlen in ein Ofenloch zu schütten, so mag es ziemlich — wenngleich selbst hier nicht ganz — belanglos sein, ob der Mann konservativ oder liberal oder sozialdemokratisch de ist. Er

wird deshalb nicht wesentlich mehr noch weniger Kohlen Tags über verbrennen. Nicht ebenso ist es bei den Berufen, die mehr geistige und weniger körperliche Tätigkeit erheischen, obgleich das auch dort keineswegs ohne weiteres ersichtlich ist. Ein Arzt zum Beispiel. Kann er die Krankheit nicht genau so gut heilen, welchen Stimmzettel er auch bei der Wahl abgeben möge? Gewiß, bei der Untersuchung des Urins und der Verordnung von Nicinussöl macht die politische Ansicht nichts aus. Aber wenn es sich darum handelt, ob die Krankenkassen nur die schon vorhandenen Kranken berücksichtigen oder ob sie auch auf Verhütung künftiger Krankheiten hinarbeiten sollen; oder um die Frage, ob für Geschlechtskranke der Polizeibüchseil oder das Krankenhaus das richtige Mittel sei; sollte es da nicht doch einen Unterschied machen, ob ein konservativer oder sozialdemokratischer Arzt darüber entscheidet?

Beim Lehrer nun vollends ist der Einfluß der politischen Ueberzeugung auf die Berufsarbeit gar nicht zu verkennen. Freilich darf man den Ausdruck „politische Ueberzeugung“ nicht in seinem engsten Sinne nehmen, nicht in der Bedeutung des Herdenbichs, das sich irgend einer Partei angeschlossen hat und nun mechanisch nach der Parteiparole verfährt, ohne den eigenen Hirnkasten weiter zu beschweren. Sondern man muß nicht vergessen, daß bei denkenden Menschen die politische Ueberzeugung nur der Ausdruck einer bestimmten Welt- und Gesellschaftsauffassung ist. Da ein Lehrer, der nicht denkt, aber niemals Sozialdemokrat sein kann, so hat selbst bei ihm die „politische Ueberzeugung“ sehr viel mit der Lehrtätigkeit zu tun. Oder mag es in diesem Fall vielmehr der Mangel einer eigenen politischen Ueberzeugung sein.

Indessen genügt es wohl, wenn wir uns auf die denkenden Lehrer beschränken. Um bei ihnen den Zusammenhang der politischen Ueberzeugung mit der Lehrtätigkeit aufzuzeigen, braucht man sich nur klar zu machen, welchen allgemeinen Grundauffassungen die verschiedenen politischen Ueberzeugungen entsprechen, oder mit anderen Worten: die Prinzipien der verschiedenen politischen Parteien.

Nehmen wir zunächst den Liberalismus, weil es immer noch Lehrer gibt, die von ihm sich eine Förderung freier Bestrebungen versprechen und weil auch Herr Schumann sich freut, daß der Wahlverein der Liberalen die allgemeine Volksschule in sein Programm aufgenommen hat, und das für einen Beweis hält, daß der Gedanke der Einheitschule „in neuester Zeit auch in weite bürgerliche Kreise zu dringen scheint“. — Welches ist die Grundauffassung des Liberalismus? Nun, es ist und bleibt immer noch die Lehre von der freien Konkurrenz: Jeder für sich und Gott für uns alle. Nur unter diesem Gesichtspunkt wollen auch die liberalen Forderungen verstanden werden, persönliche Freiheit, gleiches Recht für alle etc. Damit ist nur gemeint, daß von Staats und Gesellschaft wegen jeder einzelne die gleichen Rechte und Chancen für den Kampf ums Dasein bekommen soll, damit er seine Kräfte zu seinem eigenen Vorteil ungehin-

dert in Anwendung bringen kann, ganz gleich, ob er den anderen damit nützt oder schadet.

Der liberalen Auffassung steht gegenüber auf der einen Seite die konservative, auf der anderen Seite die sozialdemokratische. Die konservative geht davon aus, daß die Rechte der Menschen grundsätzlich nicht gleich seien. Die Gesellschaft kann nach konservativer Ansicht nur gedeihen, wenn Rechte und Pflichten auf die verschiedenen Klassen der Bevölkerung in verschiedenem Maße verteilt sind. Die einen sind zur Leitung bestimmt, die anderen zu untergeordneten Diensten. Kein Stand kann des anderen entbehren, wie der Körper außer dem Kopf und dem Magen auch Hände und Beine haben muß.

Endlich die sozialdemokratische Anschauung. Auch sie betrachtet das Glück des Einzelnen — wenn wir einmal der Kürze wegen diesen Ausdruck anwenden dürfen — als den höchsten sozialen Zweck. Sie hat aber eingesehen, daß es auf dem Wege der freien Konkurrenz nicht erreicht werden kann, sondern daß dazu planmäßige und organische Zusammenarbeiten erforderlich ist. Deshalb fordert sie allerdings auch die persönliche Freiheit und das gleiche Recht für alle, aber in einem ganz anderen Sinne als der Liberalismus. Sie will nicht, daß der einzelne wahllos sich selbst überlassen bleibt, sondern sie will, daß er seine Kräfte, allerdings nach freier Wahl und persönlicher Ueberzeugung, planmäßig in den Dienst der Allgemeinheit stelle.

Auf weitere Einzelheiten einzugehen, verbietet der Raum. Doch dürfte für unseren gegenwärtigen Zweck das Gesagte auch genügen. Der denkende Lehrer ist ein Mann, der sich für seine Arbeit ein ganz bestimmtes Ideal gesetzt hat, dem er zustrebt, das er zu erreichen strebt. Je nachdem das Ideal anders ist, wird er auch anders arbeiten. Und ganz selbstverständlich wird das Ideal ein anderes sein, je nach den verschiedenen allgemeinen Grundauffassungen des Lehrers. Der konservative denkende Lehrer kann nicht ebenso unterrichten, wie der liberale, und beide nicht ebenso, wie der sozialdemokratische.

Wer konservativ ist, setzt der Schule die Aufgabe, jedem so viel Kenntnisse zu vermitteln, wie ihm seinem Stande nach zukommen. Nicht weniger, aber besonders auch nicht mehr. Da konservativ in Deutschland immer noch Krumpf ist, so erklärt sich hieraus bereits die gegenwärtige Organisation unserer Schulen. Hören wir doch immer von neuem, daß es geradezu ein Verbrechen sei, Söhne von Landarbeitern zum Beispiel durch zu vieles Wissen mit Ansprüchen an das Leben zu erfüllen, die nie befriedigt werden. Jedenfalls liegt auf der Hand, daß hiermit die Einheitschule schlechthin unvereinbar ist.

Der liberale Mann erwartet von der Tätigkeit des Lehrers — und also der liberale Lehrer von seiner eigenen — daß er den Jüngling ausrüstet für den „Kampf ums Dasein“, das heißt ihn mit der Fähigkeit und mit dem Willen versehen, seine Eigenschaften zu seinem

Die Judenbuche.

Ein Sittengemälde aus dem gebirgigen Westfalen von Annette v. Droste-Hülshoff.

Nur zwei hatten ihn gesehen, und zwar an demselben Tage, an welchem er ausgegangen. Es war darüber sehr spät geworden. Die große Angst trieb das Weib nach Haus, wo sie ihren Mann wiederzufinden eine schwache Hoffnung nährte. So waren sie im Bruchholz vom Gewitter überfallen worden und hatten unter einer großen, am Verhänge stehenden Buche Schutz gesucht; der Hund hatte unterdessen auf eine auffallende Weise umhergestöbert und sich endlich, trotz allem Loden, im Walde verlaufen. Mit einem Male sieht die Frau beim Leuchten des Blizes etwas weißes neben sich im Moose. Es ist der Stab ihres Mannes, und fast im selben Augenblicke blickt der Hund durchs Gebüsch und trägt etwas im Munde: es ist der Schuh ihres Mannes. Nicht lange, so ist in einem mit dünnem Laube gefüllten Graben der Leichnam des Juden gefunden.

Dies war die Angabe des Knechtes, von der Frau nur im allgemeinen unerklärt; ihre übergroße Spannung hatte nachgelassen und sie schien jetzt halb verwirrt oder vielmehr stumpfsinnig. „Aug um Auge, Zahn um Zahn!“ dies waren die einzigen Worte, die sie zuweilen hervorrief.

In derselben Nacht noch wurden die Schützen aufgegeben, um Friedrich zu verhaften. Der Anklage bedurfte es nicht, da Herr von S. selbst Zeuge eines Aufrittes gewesen war, der den dringendsten Verdacht auf ihn werfen mußte; zudem die Geschehnisse von jenem Abend, das Aneinanderklagen der Stäbe im Bruchholz, der Schrei aus der Höhe. Da der Amtsschreiber gerade abwesend war, so betrieb Herr von S. selbst alles rascher, als sonst gesehen wäre. Dennoch begam die Dämmerung bereits anzubrechen, bevor die Schützen zu geräuschlos wie möglich das Haus der armen Margaret umstellt hatten. Der Gutsherr selber pochte an; es währte kaum eine Minute, bis geöffnet wurde und Margaret völlig angeleitet in der Tür erschien. Herr von S. fuhr zurück; er hatte sie fast nicht erkannt, so blaß und steinern sah sie aus. „Wo ist Friedrich?“ fragte er mit unsicherer Stimme.

„Sucht ihn“, antwortete sie und setzte sich auf einen Stuhl. Der Gutsherr zögerte noch einen Augenblick. „Gehet, heret!“ sagte er dann barsch: „Worauf wartet ihr?“ Man trat in Friedrichs Kammer. Er war nicht da, aber das Bett noch warm. Man stieg auf den Söller, in den Keller, stieß ins Stroh, schaute hinter jedes Faß, sogar in den Backofen; er war nicht da. Einige gingen in den Garten, sahen hinter den Jaun und in die Apfelbäume hinauf; er war nicht zu finden.

„Entwischt!“ sagte der Gutsherr mit sehr gemischten Gefühlen: der Anblick der alten Frau wirkte gewaltig auf ihn. „Geht den Schlüssel zu jenem Koffer.“ — Margaret antwortete nicht. — „Geht den Schlüssel!“ wiederholte der Gutsherr, und merkte jetzt erst, daß der Schlüssel fehlte. Der Inhalt des Koffers kam zum Vorschein: des Entflohenen gute Sonntagskleider und seiner Mutter ärmlicher Staat; dann zwei Leihengeldern mit schwarzen Bändern, das eine für einen Mann, das andere für eine Frau gemacht. Herr von S. war tief erschüttert. Ganz zu unter auf ten Boden des Koffers lag die silberne Uhr und einige Schriften von ihr leuchtend Hand, eine derselben von einem Manne unterzeichnet, den man in starkem Verdacht der Verbindung mit den Holzrevolern hatte. Herr von S. nahm sie mit zur Durchsicht, und man verließ das Haus, ohne daß Margaret ein anderes Lebenszeichen von sich gegeben hätte, als daß sie unaufhörlich die Lippen nagte und mit den Augen zwinkerte.

Im Schlosse angelangt, fand der Gutsherr den Amtsschreiber vor schon am vorigen Abend heimgekommen war und behauptete, die ganze Geschichte verschlafen zu haben, da der gräßliche Herr nicht noch ihm geschickt.

„Sie kommen immer zu spät“, sagte Herr von S. verbrieft. „War denn nicht irgend ein altes Weib im Dorfe, das Ihren Wagnis die Sache erzählt? und warum wachte man Sie dann nicht?“ — „Unwürdiger Herr“, versetzte Knapp, „allerdings hat meine Anne Marie den Handel um eine Stunde früher erfahren als ich; aber sie wußte, daß Ihre Gnaden die Sache selbst leiteten, und dann“, fügte er mit kluger Miene hinzu, „daß ich so tömüde war!“ — „Schöne Poje!“ murmelte der Gutsherr, „jede alte Schachtel im Dorf weiß Bescheid, wenn es recht gehen muß.“ Dann fuhr er heftig fort: „Das müßte wahrhaftig ein dummer Teufel von Delinquent sein, der sich pöden ließe!“

Beide schwiegen eine Weile. „Mein Fuhrmann hatte sich in der Nacht verirrt“, hob der Amtsschreiber wieder an; „aber eine Stunde lang hielten wir im Walde; es war ein Nordwetter; ich dachte, der Wind werde den Wagen umreißen und schließlich, als der Regen nachließ, fuhrten wir in Gottes Namen darauf los, immer in das Zellerfeld hinein; ohne eine Hand vor Augen zu haben.“ — „Da sagte der Fuhrherr: „Wenn wir nur nicht den Steinbrüchen zu nahe kämen!“ Mir war sehr bange; ich ließ halten und schlug Feuer, um wenigstens etwas Unterfallung an meiner Weste zu haben. Mit einem Male hörten wir ganz nahe, perpendicular unter uns die Glode schlagen. Ein Gnaden mögen glauben, daß mir fatal zu Mut wurde. Ich sprang aus dem Wagen, denn seinen eigenen Reinen kann man trauen, aber denen der Pferde nicht. So stand ich, in Regen und Regen, ohne mich zu rühren, bis es hell wurde.“

angst zu dämmern. Und wo hielten wir? dicht an der Geesler Tefe und den Thurm von Geesler gerade unter uns. Wären wir noch zwanzig Schritte weiter gefahren, wir wären alle Kinder des Todes gewesen.“ — „Das war in der Tat kein Spaß“, versetzte der Gutsherr, halb verstimmt.

Er hatte unterdessen die mitgenommenen Papiere durchgesehen. Es waren Mahnbriefe um geliehene Gelder, die meisten von Wucherern. „Ich hätte nicht gedacht“, murmelte er, „daß die Mergels so tief zu stecken.“ — „Ja, und das es so an den Tag kommen müßte“, versetzte Knapp; „das wird kein kleiner Mergel für Frau Margaret sein.“ — „Ach Gott, die denkt jetzt daran nicht!“ Mit diesen Worten stand der Gutsherr auf und verließ das Zimmer, um mit Herrn Knapp die gerichtliche Leichenschau vorzunehmen. — Die Untersuchung war kurz, gewaltigster Tod erlosenen, der vermückte Läter einfielen, die Anzeigen gegen ihn zwar gravierend, doch ohne persönliches Beständnis nicht beweisend, seine Furcht allerdings sehr verächtlich. So mußte die gerichtliche Verhandlung ohne genügenden Erfolg geschlossen werden.

Die Juden der Umgegend hatten großen Anteil gezeigt. Das Haus der Witwe ward nie leer von Jammernden und Klappenden.

Selt Menschengedanken waren nicht so viel Juden beisammen in L. gesehen worden.

Durch den Tod ihres Gatten waren auch hundert ererbte, hatten sie weder Mühe noch Geld gehabt, dem Läter auf die Spur zu kommen. Man weiß sogar, daß einer derselben, gemeinhin der Wucherer genannt, einem seiner Kunden, der ihm mehrere Hunderte schuldete und den er für einen besonders listigen Kerl hielt, Erlaß der ganzen Summe angeboten hatte, falls er ihn zur Verhütung des Mergel verheiraten wolle; denn der Glaube war allgemein unter den Juden, daß der Läter nur mit guter Beschick entwischt und wahrhaftig noch in der Umgegend sei. Als dennoch alles nichts half und die gerichtliche Verhandlung für beendet erklärt worden war, erschien am nächsten Morgen eine Anzahl der angelobenden Jüden im Schlosse, um dem gnädigen Herrn einen Handel anzubringen. Der Gegenstand war die Buche, unter der Katons Grab gefunden und wo der Mord wahrscheinlich verübt worden war. — „Wollt ihr sie fällen?“ so mitten im hollen Laube?“ fragte der Gutsherr.

„Nein, Ihre Gnaden, sie muß stehen bleiben im Winter und Sommer, so lange ein Span daran ist.“ — „Wohin ich nun den Wald hauen lasse,“ — „Wohin es dem jungen Aufschlag.“ — „Wollen wir sie doch nicht um geschändeten Preis.“ Sie boten zweihundert Taler. Der Handel ward abgeschlossen und allen Jüden streng eingeschärft, die Judenbuche auf keine Weise zu beschädigen. (Fortsetzung folgt.)

eigenen Vorteil auszunutzen. Strenge wäre die Einzelsteuer an sich erträglich. Ja, genau genommen, fast sie sogar ins liberale Programm. Aber nun macht sich geltend, daß die Grundanschauungen, welche von den politischen Parteien vertreten werden, in letzter Linie aus wirtschaftlichen Interessen geboren sind und im Verlauf der Dinge mit diesen Interessen in Widerspruch geraten können. Dann werden sie rücksichtslos geopfert. Wie die meisten liberalen Grundzüge, so ist auch die Forderung der Einzelsteuer beim deutschen Liberalismus längst zur inhaltslosen Phrase geworden.

Der sozialdemokratische Erzieher endlich — denn hier paßt das Wort „Erzieher“ nicht, weil nach sozialistischer Anschauung der Unterricht von der übrigen Erziehung nicht getrennt werden dürfte — will jeden Jüngling dahin führen, daß er im Stande und gewillt sei, sich der Gesamtheit möglichst nützlich zu machen, sich der gemeinsamen Arbeit des Menschen-Gesellschafts organisch einzugliedern.

Die Frage der Erziehung umfaßt ein so weites und so wichtiges Gebiet, daß hier uns noch des öfteren damit werden befaßen müssen, besonders auch im Hinblick auf den kommenden Parteitag und die neuen Aufgaben, die er unserer Partei stellen wird. Schon diese wenigen Andeutungen aber zeigen, wie falsch es ist zu glauben, des Erziehers politische Überzeugung habe mit seiner Berufstätigkeit nichts zu tun.

Politische Uebersicht.

Sammelpolitik für 1908?

Zum nächsten Reichstagswahlkampf im Jahre 1908 melbet die „Reinlich-Weissfährige Zeitung“, daß für die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen eine Verständigung der Konservativen mit dem Bunde der Landwirte, mit der Mittelstandsvereinigung und voraussichtlich auch mit den Antisemiten über gemeinsame Kandidaturen vorbereitet sei. An eine Erneuerung des Kartells mit den Nationalliberalen werde nicht gedacht, weil diese davon nichts wissen wollten.

Die letztere Mitteilung ist natürlich Unsinn, denn die Nationalliberalen werden eher wie jede andere der sogenannten Ordnungsparteien für das Kartell zu haben sein. Und ist es recht; die Situation wird sich durch das künftige Kartell nicht im geringsten verändern, denn im großen ganzen spielten sich die Reichstagswahlen auch bisher schon nur zwischen der Sozialdemokratie und der vereinigten Reaktion ab.

„Konservative Katholiken“.

Graf Strachwitz, Zentrumsabgeordneter des preussischen Landtages, fährt fort in der konservativ-agrarischen „Katholischen Volkszeitung“ gegen die „Reinlich-Weissfährige Zeitung“ und die von ihr vertretene Richtung seiner Partei schonungslos Krieg zu führen. Ihm und seinen Gintermännern handelt es sich ganz offenbar darum, die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob das Zentrum fortzuführen darf, sich durch gewisse Scheinversprechungen und Versprechungen einer rüstlich-industriellen Wählererschaft zu verschern, oder ob es als der katholische Flügel einer reaktionär-agrarischen Partei sein politisches Dasein beibehalten solle.

Graf Strachwitz erklärt zunächst mit schnippischer Ueberlegenheit, der Tadel der „Katholischen Volkszeitung“ berühre ihn eigentlich gar nicht. So wie jetzt habe ihn die „Katholische Volkszeitung“ auch schon vor Jahren angegriffen, als er im Einverständnis mit seiner Fraktion für die Wahl eines konservativen Kandidaten eintrat. Rechnet Graf Strachwitz auch jetzt wieder auf ein — wenn auch nur heimliches — Einverständnis seiner Fraktion? Er muß sie ja kennen!

Mit dem Brandbrieff des Zentrumsweiffelens wider das Reichstagswahlrecht ist der Graf natürlich von Herzen einverstanden; er vereint sich in diesem Sinne mit ihm in erneuten Angriffen auf das rheinische Organ seiner Partei.

Der betreffende Herr weiß sehr richtig darauf hin, daß in der (Katholischen Volks-) Zeitung eine Richtung zum Ausdruck kommt, die durchaus nicht die Wünsche des katholischen Volkes in seiner konservativen Richtung vertritt. In ihrer Diktatorienlaune übersteht die „Katholische Volkszeitung“, daß die Verteilung der innerpolitischen Lage Deutschlands, wie ich mir erlaubt habe, sie zum Ausdruck zu bringen, nicht nur von weiten Kreisen der konservativen Zentrumsparteigänger geteilt wird, sondern daß auch bereits links stehende Katholiken zu der Uebergangung kommen, daß es mit der modernen Sozialpolitik im Reichstags so nicht weitergehe.

In dieser „Diktatorienlaune“ schreibt die „Katholische Volkszeitung“ auch bereits der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses vor, wie diese sich zu verhalten habe, damit sie nicht von der „Katholischen Volkszeitung“ als „sozialkatholisch“ erklärt wird.

Der geehrten „Katholischen Volkszeitung“ gebe ich zur Erwägung anheim, daß in der Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses doch so mancher Herzgenosse der reinlichen Richtung schon begraben worden ist, welche in der „Katholischen Volkszeitung“ manchenmal zum Ausdruck kommt.

Es ist doch zu schön, „nicht sozial rüstlich“ zu sein! Mit diesem Wunsch gerät man aber leicht in Fallstricken, welche in Frankreich, und leider neuerdings auch in Ungarn, Italien, in Rußland, in welche die Reichsregierung auch unser schönes Deutschland verfallen lassen wird, wenn ihre Hand immer mehr die Fäden entwirrt, und in die der „Reinlichen“ übergeben. Noch ist dafür das gute, alte „rüstlichkeits“-Prinzip, der Staat Friedrich Wilhelm I., das „ganz absonderliche Staatsgebilde“, wie die Sozialdemokratie Preußen bezeichnet, etwas im Wege!

Aber werden wir Antisemiten, katholische und evangelische, uns nicht mit der Zeit doch vor der „Reinlichen“ Sozialpolitik hüten? Im Herzen flüchtet sich niemand; aber es ist vielen beruchten Freunden subterran, öffentlich Front zu machen.

Wir haben auf dem Effener Katholikentage zum dreimaligen Male gehört, daß alle politische Tätigkeit dem „christlichen Geiste“ erfüllt sein müsse. Wir haben jetzt kaum noch von einer Emanation solchen christlichen Geistes. Konservativ, Sozialdemokrat, Arbeiterpartei, Arbeiterpartei, Sozialdemokrat, reichen sich die Hand zum christlichen Bunde! Wir erfahren, daß viele Zentrumsmänner sich zu gleichen Auffassungen bekennen, aber zu „begrenzt“, d. h. auf deutsch, zu sehr sind, ihre Meinung nicht auszusprechen. Wir erfahren ferner, daß die Zentrumspartei des preussischen Abgeordnetenhauses die Begründung des Zentrums für die Wünsche ist, welche die „moderne“ Richtung der Zentrumspartei an sie gelangen läßt. Wir erfahren schließlich, daß die Absicht besteht, mit der modernen Sozialpolitik im Reichstags anzugreifen, mit dieser „modernen“ Sozialpolitik, die seit Jahren im Beispiele steht und nicht weiter kann.

Und das alles erfahren wir von einem Einzelweissen über eine Partei, die sich als wahre Volkspartei, als die Partei der „wahren Freiheit“ und der sozialen Reform aufstellt, von einer Partei, die immer erklärt, von „christlichem Geiste“ geleitet zu sein, und nur auf unsere Frage, was denn dieser „christliche Geist“ eigentlich ist, höflich die Antwort verweigert! Wir kennen jetzt diesen Geist: er heißt Graf Strachwitz-Verleumdung und ist von Dreifachverleumdungen Mitglied des preussischen Landtages. Wo bleiben die Giesberts, Effert, Klost, die „christlich-nationalen“ Arbeiterführer, mit ihren schönen Reden? Werden sie als Parteigenossen der Strachwitz und Konforten auch ferner nach dem Rufe haben, mit dem „christlichen Geiste“ der Sozialdemokratie zu haben? Das könnte ihnen wahrhaftig übel bekommen; wer es gut mit ihnen meint, muß ihnen schon raten, zu Hause zu bleiben!

Wahlrechtsfeinde im Zentrum!

Der preussische Zentrums-Abgeordnete Graf Strachwitz hat bekanntlich vor kurzem in der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ einen offenen Brief erlassen, in dem er der Regierung vortraf, sie sei im Reichstags der Sozialdemokratie gegenüber nicht fest genug und habe es dadurch verschuldet, daß die neuen Steuern nicht gänzlich aus der Belastung geistiger Getränke ausgebracht werden konnten. Die Zeit, in der der Herr Graf diese seine Auffassung mit wüsten Scharfmachereien und Hinweisen auf die noch vorzügliche Stimmung der Truppen zusammenbrachte, ließ das an schließen, daß der christlich-katholische Standesherr, der auch in gefunden Zeiten ein öfter Reaktionsär gewesen sein mag, sich in einem Geisteszustande befinde, der von dem des Dreifachverleumdung nicht weit entfernt sei. Demgemäß haben wir ihn auch behandelt. Nun aber wird die Sache viel ernsthafter. Die „Katholische Volkszeitung“ hat naturgemäß den Versuch gemacht, den wüsten Zentrumsgrafen von den Reichstagspartei abzuschnitteln, nicht aber jetzt auf besticken Überstand, der sich in erregten Zuschriften an die „Deutsche Tageszeitung“ kundgibt. Das agrarische Blatt druckt einen Artikel eines weltlichen Herrn, der der Zentrumspartei, aber nicht dem Bunde der Landwirte angehört, ab, und dieser Brief wirkt auf das innere Leben des Zentrums ein sehr bezeichnendes Licht. Der christliche Anonymus schreibt:

Auf die Materie selbst will nicht eingehen und nur bemerken, daß ich durchaus nicht mit allem, was Graf Strachwitz sagt, einverstanden bin. Bezüglich des Reichstagswahlrechts möchte ich jedoch, entgegen sehr häufigen Vorbräunungen in Zentrumsblättern, ganz offen aussprechen, daß sehr viele Leute in der Zentrumspartei mit mir der Ansicht sind, daß an und für sich die Eigenschaften „allgemeine gleiche“ einen großen Mangel an diesem Wahlrecht bezeichnen. Es und für sich, wohl gemerkt, an und für sich, halte ich es für einen Unsinn, daß der barmherzige, ungebildete Troddel mit dem intelligentesten Manne das gleiche Wahlrecht hat. Trotzdem bin ich der Ansicht, daß, weil nun einmal leider dieses allgemeine, gleiche Wahlrecht dem Volke verlehrt ist, ohne äußerliche Not (vergl. Voss: Revolution) dieses Recht, eben weil es Recht geworden ist, nicht wieder genommen werden darf. Mögen andere Leute andere Ansichten über das Reichstagswahlrecht haben, wie ich! Jedenfalls ist es eine Torheit, wenn die Sache in Zentrumsblättern häufig genug so unklar dargestellt wird, als ob es quasi eine Parteipflichtung für den Zentrumsmann sei, das geltende Reichstagswahlrecht an und für sich als etwas besonders Empfehlenswertes anzusehen. Auch daß der Mensch schon mit 5 Jahren Reichstagswähler wird, halte ich an und für sich für eine große Torheit. 30 Jahre wäre reichlich früh genug.

Der Zentrumsmann, der das Wesen seiner Partei in einem fremden Blatte mit so rüchhaltiger Offenheit enthüllt, ist auch sehr ungehalten über den „Magister“, in dem die „Katholische Volkszeitung“ die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten gefordert hatte. Er fühlte also mit seinen Eindrückungen, die auf seine Partei wie Keulenschläge wirken müssen, fort:

Die „Katholische Volkszeitung“ hat dafür (für ihre Haltung in der Frage der Erbschaftsteuer) auch manches deutliche Wort gerade aus dem Kreise der Zentrumspartei genommen. . . . Aber sie repräsentiert noch lange nicht als maßgebender Faktor der Zentrumspartei.

Damit ist der Anonymus auch der sicher zu erwartenden Antwort des rheinischen Zentrumsorgans zuvorgekommen. Was nicht es ihr, wenn sie hoch und teuer versichert, der Gewächsmann der „Katholischen Tageszeitung“ lüge, und es gäbe keine Wahlrechtsfeinde in der Zentrumspartei! Sie repräsentiert eben noch lange nicht als maßgebender Faktor, und was für sie wahr ist, ist noch lange nicht für das Zentrum wahr!

Der Anonymus gibt den Schlüssel zu vielem! Warum fühlte das Zentrum in der brennenden preussischen Wahlrechtsfrage ein widerwärtiges Spiel auf, indem es erklärt, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu sein, die notwendige Reform aber bis zu dem utopischen Zeitpunkt aufschob, da die preussische Junkerregierung selbst die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen beantragte? Die Antwort auf diese Frage kann man in der „Katholischen Tageszeitung“ lesen. Die Haltung der Zentrumspartei hat offenbar Mühe, die Leute vorläufig zurückzuhalten, die sich lieber heute schon als morgen, „außerste Not“ vorziehend, auf das Reichstagswahlrecht stützen möchte. Dieses Wahlrecht durch seine Ausdehnung auf die preussische Vormacht zu beschränken, fällt ihr nicht im mindesten ein. Sie will lavieren und die Zeit abwarten, wo man die Leute loslassen kann, die heute in die „Deutsche Tageszeitung“ klüften müssen, um ihre wahre Meinung zu verraten.

Was sagen die „christlich-nationalen“ Arbeiterführer zu diesen Lauschen? Kann sich ein denkender Arbeiter, der sein Menschenrecht zu wahren gewillt ist, heute noch als ein Zentrumsgläubiger aufspielen? Oder ist hier endlich der Punkt erreicht, wo jeder Irrtum ausgeschlossen ist, und ein schändlicher Betrug offenbar wird?

Noch mehr Enttäuschung. Daß der Amnesier-erlass Wilhelm II. sich auf Preußen beschränkt und Elßaß-Lothringen nicht berücksichtigt, hat in den Reichslanden lebhaftes Befremden erregt. Der „Frankf. Ztg.“ wird darüber geschrieben: „Der Kaiser ist in Elßaß-Lothringen landesherrliche Befugnisse aus. Auch werden die preussischen Bestimmungen über Landbestrauer beim Tode des Königs und der Königin in den Reichslanden als

geltendes Recht behandelt. Bei dieser Sachlage dürfte man erwarten, daß auch Vergünstigungen, die aus einem frühem Ereignis in der preussischen Königsfamilie erwachsen, Elßaß-Lothringen zugute kommen.“

Die Geschichte der „Reichsfinanzreform“.

Von den seit dem 1. Juli erhobenen neuen Steuern brachte die Zigaretten-Steuer im Monat Juli einen Nettogewinn von 477,741 M., die Frachtzulagen-Steuer von 1,888,042 M., die Automobil-Steuer von 478,875 M., und die Erbschafts-Steuer — 897 M. ein. In diesen Summen sind auch die gestundeten Beträge enthalten, jedoch sind die Verwaltungskosten noch abzuziehen, so daß die tatsächlichen Einnahmen noch niedriger sein werden. So sind beispielsweise im Monat Juli vorläufig nur 248,628 M. an Zigarettensteuer zur Reichskasse gelangt. Die Brauksteuer nebst der Ueberschlagsabgabe von Bier ergab im Monat Juli eine Mindereinnahme von 1,908,628 M., offenbar infolge der vorausgegangenen Mehrproduktion zu den alten Steuerhöhen. Aus diesen Zahlenangaben läßt sich ein treffendes Bild über die Wirkung der neuen Steuern nicht gewinnen. Der Ertrag wird einstweilen noch beeinträchtigt durch die Uebergangs-Bestimmungen; so bleiben die am 1. Juli von den Veräußern und Händlern angemeldeten Vorräte von Zigaretten noch bis zum 1. September steuerfrei.

Von der Würde der Presse.

Unlängst, als Wilhelm II. einige sehr abschätzbare Sätze über die Journalisten sagte, da wurde in ganz Deutschland von allen bürgerlichen Zeitungen geäußert und gesammelt, wie wenig dem Kaiser von der Würde der Presse bekannt sei. Aber Fürstentadel schädigt wahrhaftig die Fürsten mehr wie die Gebildeten. Verächtlich kann sich die Presse nur durch ihr eigenes Tun und Lassen machen. Da wird zum Beispiel seit zwei Wochen in der gesamten deutschen Presse darüber geschrieben, ob die Königin Jabara Duncan mit dem englischen Maler Gordon Craig verheiratet sei, oder ob sie bloß ein Liebesverhältnis mit ihm habe, oder ob er bloß ihr aristokratischer Ratgeber sei, ob Jabara Duncan Mutterfreunden entgegenstehe, oder ob sie einsame Junggesellen geliebten und was herbeiziehende freche Neugierfragen mehr sind, die keinen anderen Menschen als die Duncan selbst angehen. Das Unverschämteste an Schändlichkeit leistete sich aber der „Berliner Lokalanzeiger“ in Berlin, der eigens einen Reporter — der Burche heißt Paul v. Szepanski — zu Jabara Duncan in ein holländisches Privatangelegenheiten zu interviewen. Was sollte die arme Künstlerin mit dem Jubringler ein? Stausarbeiten? Das wäre das einfachste und beste gewesen. Dann hat sie aber etwa den Born des vielgelesenen Klaffblattes „U. U. U.“ empfangen lassen! Die Künstlerin sendete Herrn Craig zu dem Journalisten und nun entspann sich nach der Schilderung des Szepanski folgender Dialog:

„Miß Duncan schickt“, sagte Herr Craig.

„Dann können Sie mir vielleicht sagen, ob Miß Duncan mit mir zu sprechen sein wird, wenn sie ausgeschlafen hat.“ erwiderte ich.

„Sie sind Journalist und wollen mit Miß Duncan über Angelegenheiten sprechen, die in der Zeitung gestanden haben?“ fragte Herr Craig.

„Allerdings“, sagte ich. „Ich beabsichtige, Miß Duncan zu fragen, ob sie verheiratet ist oder nicht.“

„Miß Duncan empfängt keine Journalisten“, antwortete Herr Craig. „Wir in England halten das für Privatangelegenheit und geben darüber keine Auskunft.“

Der Journalist machte unrichtige Dinge abziehen. Aus Raue schrieb er natürlich allerlei alteste Bemerkungen über den englischen Maler und über die Tänzerin in sein Saublat. . . . Verlei unverschämte Jubringelereien, wie sie die bürgerliche Presse liebt, sehen das Uneheliche des Journalisten herab. Schändlich wie dieser ungenierte Interviewer verbotenen nichts anderes, als von denen, an die sie sich herannahen, kurzweg hinausgedrängt zu werden. Das allein würde der Würde dieser Presse entsprechen.

Politische schwarze Listen.

Das „Greifswalder Tageblatt“ veröffentlicht folgendes amtliche Schriftstück über die Uebersiedelung eines Bürgers aus einem vorpommerschen Kreise nach einem anderen:

Der Amtsvorsteher. Zugursort, Datum 1906. (Amtl. Stempel.)

Zum dauernden (vorübergehenden) Aufenthalt meldete sich am (Datum) 1906 mit (ohne) Familie hier für (Straße Nr.) bei (Name) an: Name und Vorname. Beruf. Geburts-Lag. -Monat, -Jahr, -Ort. -Kreis. (Darunter sind die hierzu gehörigen Angaben geschrieben.) Früher hier gemeldet (nicht gemeldet). Bisheriger Wohnort (Wohnung). (Folgt die Angabe) Abmeldebüchlein hat vorgelegen (nicht vorgelegen).

Amtlicher Stempel. Unterschriften.

I. Amtlich unter Rückgabe dem Pol. Polizei-Präsidium (der Polizei-Direktion, Verwaltung, Behörde des Herrn Amtsvorstehers) in (Zugursort, Kreis . . .) als Benachrichtigung gemäß Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 16. Januar 1904 mit dem Erlaß überhandelt:

1. falls vorstehende Angaben in wesentlichen Punkten für unrichtig erachtet werden sollten, davon Nachricht zu geben;
2. etwaige Bestrafungen oder sonstige nachteilige Tatsachen über die Führung und das politische Vorleben der genannten Personen mitzuteilen.

Etwaige Personalakten bitte ich beizufügen.

II. Nach 4 Wochen (6 Wochen). (Gemeint ist: wieder vorzulegen.)

Unterschrift.

Die alte Geschichte, die immer wieder von den Behörden fest abgelehnt wurde! Bisher nahm man an, daß sich dieses Spitzelsystem in erster Linie auf die Rekruten erstreckte. Jetzt aber ist nachgewiesen, daß der verstorbene Polizeiminister Hammerstein seine Myrindomen anwies, jeden Menschen zu bespitzeln und hinter seinem Rücken zu rapportieren. Doch diese amtlichen Spitzelberichte häufig das Gegenteil der Wahrheit sind, ist mir natürlich und schon häufig genug vorgekommen. Der von hinten herum denunzierte und verleumdete Staatsbürger ist aber dagegen völlig wehrlos. Eine angenehme Bureaucratie!

„Sozialdemokratischer Verleumdung“. Unsere Note unter dieser Ueberschrift ist dem Renegaten Herzog von Preußen sehr unangenehm. Getreu seiner bisherigen Gesinnung schickte man her immer noch als Redakteur des „Korrespondenz“-Blattes in fünf Spalten seines Blattes die bei ihm hinreichend bekannten Schwätzblätter über Albert aus, enthaltend alles das, was über unseren Genossen in den letzten Jahren zusammengekratzt, geschrieben und — vor allem! — gelogen worden ist. — Die letzte doch am 4. Februar der „Vorwärts“ in einer Polemik mit der „Nordd. Allg. Ztg.“: „Ebenso gut wie an Herzog hätte sich das Blatt auch auf Viktor Schwanenburg oder auf Max Lorenz berufen können.“ Wenn wir nun auch nicht soweit gehen, so wissen wir uns doch eins mit allen Parteigenossen, wenn wir sagen: Behauptungen und Beschimpfungen eines Renegaten treffen einen Parteigenossen ebensowenig, wie die eines Schwärzlers oder Max Lorenz. Von einem Manne, der dem Leipziger Staatsanwalt als Kronzeuge dient, wenn es gilt, sozialdemokratische Redakteure aus Wasser zu liefern, beschimpft zu werden, haben schon größere und bedeutendere Parteigenossen als eine Konzession empfunden.

Was Wörmann einheimst.

In welcher Art die Firma Wörmann dank ihrem südwestafrikanischen Transportmonopol...

Ueber 2 1/2 Jahre dauert nun der Felsbau; diese vielen Transporte nach Afrika und zurück...

Wie die „Frankfurter Zeitung“ weiter ausführt, waren die englischen Dampfer, die man zum Viehtransport gebrauchte...

Krieg ernährt, Friede verzehrt!

Ein Korrespondent, der die Affäre Tippelskirch mit Interesse verfolgt, schreibt der „Frankfurter Zeitung“...

„Ganz einfach“, erwiderte mein Gegenüber, nachdem ein neues Glas Tee eingeschickt und auch den dazu gehörigen Rum nicht vergessen hatte...

Nur vor einem der letzten Kriege hatte ich hunderttausend Tschelwetti Hazer zu einem Spottpreise erstanden. Das Zeug hatte arg von der Feuchtigkeit gelitten...

Die Ausflüchte für mich waren also recht schlumm. Immerhin beschloß ich, am nächsten Morgen noch einen Versuch zu wagen...

„Pogostausend, Grigorij Iwanowitsch! Was machen Sie denn da? Woju der Regenstern? Sie glauben doch nicht, daß es regnen wird?“

„Ganz gewiß, Grzellenz“, erwiderte ich, „in fünf Minuten öffnen sich die Schleusen des Himmels!“

Eine Stunde später zahlte ich dem General die Zehntausend, denn selbstverständlich hatte ich die Wette verloren. Die Kasserleierung war damit zum Abschluß gebracht...

„Eigentlich“, flüste Grigorij Iwanowitsch hinzu, „ist dieser Modus nicht ganz russisch. Es wurde vom großen amerikanischen Eisenbahnunternehmer Robt. Wintans, der die ersten russischen Eisenbahnen baute, bei uns eingeführt.“

„Frlber.“ sagte Grigorij Iwanowitsch lächelnd hinzu, „war man in Rußland entschieden ehrlicher als heute.“

Wofür kein Geld da ist. Ueber den Stand der Frage der Entschädigung der Farmer...

Tippelskirch hat vom Reich soviel Geld geschickt, daß für die armen Farmer nichts mehr übrig bleibt!

In einer Plekticabersammlung erklärte zu Valda der Reichstagsabgeordnete Müller-Valda u. a., er nehme kein Mandat mehr an und wolle sich trennen...

Ueber die fünfzig Mark beim Scheitern...

Ein Protest der Züricher Arbeiterschaft. Am vergangenen Sonntag hatte das Züricher Volk die Bezirksrichter...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Das Sonntagsruhegesetz in Frankreich. Wie immer und überall, wenn die Ausdehnungsfreiheit der Unternehmer nur ein wenig eingeschränkt werden soll...

Welle soll bis zur Eröffnung des Parlaments weiter gearbeitet werden und die Liga verspricht sich hieron großen Erfolg.

Stattliche Meutereien. Herolds Bureau meldet aus Rom: Die Anwärter der Wunzigpalgarbe streifen...

Ein Konflikt zwischen China und Amerika. Der amerikanische Konsul in Canton meldet, daß der Konsul gegen amerikanische Waren trotz der kaiserlichen Erlasse...

Schiebungen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In Chicago sind gegen die Lake Shore-Eisenbahn und die New York Centralbahn 20 Anklagen wegen geschwibriger Beschuldigung des Betrugs erhoben.

Das rigoroze Amerika. Die „Frankf. Bg.“ meldet aus New York: 40 russisch-jüdischen Waisen wurde die Landung verweigert.

Neueste Nachrichten. Gegen die Polizisten. Sodnowice, 28. August. Heute Vormittag ist hier, wie die „Schl. Bg.“ meldet, ein Polizist von einem Revolutionär erschossen worden.

Einen vollständigen Bierbottel haben, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in Frankfurt a. M. beschloßen.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte. 28. und 29. August.

Table with 4 columns: 28. und 29. August, Nachm. 9 Uhr, Abends 9 Uhr, Morgs. 7 Uhr. Rows: Luftwärme (C), Luftdruck bei 0 (mm), Dunstdruck (mm), Dunstfälligkeit (pCt.), Wind (C-12), Wetter.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes. Mittwoch, den 29. August.

Table with 4 columns: Seite früh 7 Uhr, Temp.-Gr., Wetter. Rows: Rosenthal b. Br., Deutzen O.S., Habelschwerdt, Schneetoppe, Görlitz, Ostrowo.

Druckkasten. Nr. 1. C. G. Es wird schwer etwas zu machen sein. Bei Berechnung der Rente ist das Maß der vor dem Unfall vorhandenen Vermögensgegenstände zu Grunde zu legen...

Bergnügungen. * Siebts Stabliement. Garten-Konzerte. Heute, Mittwoch, den 29. August, findet das letzte Garten-Konzert der gesamten Kapelle des 2. Garde-Infanterie-Regiments unter Leitung des Königl. Musikdirektoren Herrn Hermann Fischer statt.

Festsetzungen der städtischen Markt-Versteigerungs-Kommission Breslau, 28. August. Pro 100 Kilogramm.

Table with 5 columns: gute, mittlere, geringere Sort. Rows: Weizen, weißer; Weizen, gelber; Roggen; Drogensorte; Gerste; Hafer, alter; Hafer, neuer; Sibiria-Größen; Erbsen.

Stadisches Weizenmarkt. Weizen ruhig, der 100 Kilogr. incl. Sachkonto, Weizenmarkt 100 fester, 24.25-24.75 M. Roggenmarkt, 20.50-21.00 M. Roggen-Gaßbäden, 20.00-20.50 M. Roggen-Gaßbäden, 10.50 bis 10.75 M. Weizenkleie fest, 10.25-10.50 M.

Literatur. Der „Wahre Jacob“ hat seiden die 17. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Bar vergewaltigt“ und „Der Kolonialamt“...

Süddeutscher Postillon Nr. 18. Das buntere Titelbild: Na, warte, wenn einer hier steht (der Folger meldet), verdient an die Eingangstür unseres Kolonialamtes angehängt zu werden. Deutsch, Kramm preussisch-deutsch ist das Farbenbild: Besetzung — Das Schlachtfeld sind böse Fata morgana für Russlands Väterchen. Eine Reihe kleiner Bilder zieren den Text, der die Kapitalistischen Patrioten aus: Ein rechter Segen ist der Krieg für alle Plebejer, vor das Forum seiner Plebejer. Ein anderer ist Brauers Klage. — Ein Sechshöcker ist Parvus gewidmet. — Walter Heise landete eine Primrose. — Siehe die rechte im Schaulustigen leuchtend hell hinter Coulissen. — Siehe die rechte, da kommt Er. — Des militärischen Deutschlands ist auf dem linken Gänge in Smalopund und Kavallerie gründlich gedacht. Diese Nr. 18 des Süddeutschen Postillon empfehlen wir gerne den Lesern.

Finanz, Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Verlagsgesellschaft: Georg Bernhart). Inhalt vom 33. Heft des dritten Jahrganges: Feuerschaden: Kapital und Kapital. Von Dr. Karl Wendt-Gesner; Revue der Presse; Oberkritik: Der Ris im Kolonialismus; Bilanzvorschriften für Versicherungsgesellschaften; Panama-Bonds; Animerikalien; Gedanken über den Weltmarkt. Von Silva; Antworten des Herausgebers; Aus Fabrik und Werkstatt (Das Bierbrauen); Generalversammlungen. (Abonnement einschließlich der Postzeitung signalisiert, vierteljährlich per Post und Buchhandel 3.50 Mk., direkt vom Verlag 4 Mk.). Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Verlag, Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.)

Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer). Ist uns soeben Nr. 17 des 16. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Kampf, Gewerkschaften des Klassenbewusstseins. Von R. Th. — Ehe und Sittlichkeit. V. (Fortsetzung). — Frauenstimmrecht. II. Von s. br. — Die Mutterchulforderungen der deutschen Genossinnen. — Die Frau in den Krankenkassen. Von E. G. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Konferenz der sozialdemokratischen Frauen des nordwestlichen Rheinlands. — Gewerkschaftliche Dienstleistungen. — Quittung. — Familien: Die Wahrheit. Von Hans Bödiker. (Gebicht). — Wenn die Aepfel reif sind. Von Theodor Storm. — Sprüche. Von Leon Holz.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 65 Pfg. Jahresabonnement 2.60 Mk.

Die Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer). Ist soeben das 18. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Amnestie. Partei und Gewerkschaft. Von R. Kautsky. — Bemerkungen über Klassenhygiene und Sozialismus. Von Oda Döberl (Rom). — Die Kriegsschule und das Bildungsproblem. Von Otto Geißner. — Die wirtschaftlichen Ursachen der revolutionären Bewegung in der Türkei. Von Alexander S. Kankoff. — Literarische Rundschau: Emma Adler, Die berühmten Frauen der französischen Revolution. Von D. P.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 0.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Ständesantliche Nachrichten.
Todesfälle. I. Rutscher Franz Josef Kauschel, 30 J. — Arbeiter Hermann Fesche, 33 J. — Anna Martha Fromm, ohne Beruf, 14 J. — Gerichtspräsidentin Hulda Forrig, geb. Hofert, 53 J. — Karl, S. des Arbeiters Karl Döhl, 4 Wochen. — Paul, S. des Büttlers Paul Kales, 2 Mon. — Anna, T. des Maurers Felix Schirndubau, 9 J. — Walter, S. des Schneiders Bernhard Wieha, 9 Mon. — Kurt, S. des Pararbeiters Gottlieb Verche, 8 Mon. — Buchhalter Leo Stroffel, 54 J. — Erich, S. des Arbeiters Wilhelm Gerstel, 12 Tage. — Maria, T. des Arbeiters Joseph Müller, 3 Mon. — Erna, T. des Schmiedes Mor. Rechl, 4 Mon. — Buchhalter Wilhelm Friedr. Fescher, 64 J. — Kaufmann Arthur Jöcher, 22 J. — Verhebel. Kaufmann Elisabeth Gersch, geb. Waische, 27 J. — Elise, T. des Arbeiters Wilhelm Wende, 5 Tage. — Verhebel. Arbeiter Johanna Karoline Christiane Vermann, geb. Marti, 42 J. — Verw. Maurer Pauline Scholz, geb. Wajol, 64 J. — Arbeiterin Ernestine Sndrich, geb. Berger, 53 J. — Ida, T. des Schneiders Richard Bergis, 1 J. — Bauunternehmer Daniel Komwars, 48 J.

Vereins-Kalender.
Breslau.
 Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.
Gewerkschaftshaus.
 Mittwoch den 29. August:
 Gewerkschafts-Karteil. Abends 8 Uhr: Sitzung im großen Saale.
 Arbeiter-Abfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
 Freitag den 31. August:
 Öffentliche Volks-Versammlung Abends 8 Uhr im großen Saale.
 Sonntag den 2. September:
 Großes Sommerfest von Nachmittag 4 Uhr ab veranstaltet vom Sozialdemokratischen Verein in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses.

Wittellungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt 2 (Sauerbrunn)
 Mittwoch den 29. August, Abends 8 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft und Ausgabe der Karten zu den Kassalle-Versammlungen.
 Bezirke 1, 2, 6—11. Mittwoch den 29. d. Mt., Abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft und Zahlabend. Ausgabe der Karten zu Kassalle-Versammlungen.
Distrikt 4.
 Bezirke 2, 3 u. 4. Mittwoch, den 29. d. Mt., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder und Zahlabend.
 Die Bezirksführer.
Distrikt 13 (Scheitig).
 Dienstag den 4. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Scholz' Erben, Kleine Scheitigerstraße 56. Tagesordnung: Unsere Stadtverordnetenwahlen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Der Distriktsführer.
Distrikt 16.
 Donnerstag den 30. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer. Wichtige Angelegenheiten erfordern unter allen Umständen vollständiges Erscheinen.
Land-Distrikt 3.
 Bezirk 3 (Groß-Mochern). Sonntag den 2. September, Vormittags 10 Uhr, im bekannten Lokale. Bitte vollständig zu erscheinen.
Land-Distrikt 7.
 Mittwoch, den 29. August, Abends 8 Uhr: Distriktszusammenkunft bei Kasper, R.-Tischsch. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Freiburg. Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen Freitag, den 31. August, Abends 8 1/2 Uhr, in der Germania. Die Tagesordnung lautet: Kassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Referent Genosse Feldmann-Langenbielan. — Parteigenossen, erscheint zahlreich in dieser so wichtigen Versammlung.

Mittwasser. Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Sonntag, den 2. September, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zur Krone: Zahlstellenversammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches Erscheinen, auch seitens der Nichtmitglieder, erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Mittwasser. Verband der bergvererblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Sonntag, den 2. September, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „zum goldenen Stern“: Mitglieder-Versammlung. Referent: Gauleiter Julius Volkmann-Breslau.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schögl. — Druck von Th. Schastky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. **Stier 1 Beilage.**

Sozialdemokratischer Verein
 Sonntag, den 2. Sept.

Lobe-Theater.
 Eröffnungsvorstellung:
 Zum Gedächtnis an
 Henrik Ibsen:
 „Geisener“.
 Zum 1. Male:
 „Eine triviale Komödie für ernsthafte Leute“.
 Zum 2. Male:
 „Eine triviale Komödie für ernsthafte Leute“.

Breslauer Sommer-Theater
 (Lieblichs Etabl.) Dir.: Erich Ziegel
 Mittwoch, den 29. August
 Star einmalige Aufführung:
 „Ein reiner Adrismensisch“
 Komödie in 3 Akten von Erich Ziegel
 und Carl Schramberger.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: H. Garbellmann.

Victoria-Theater
 (Simmensauer Garten).
Gastspiel
Folies Caprice
 mit
Berlin.
 Anfang frühest 8 Uhr.

Dominikaner.
 Rechte Bühne:
Kant-Remberti-Ensemble.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Entree 10 Pf. — Referent 20 Pf.

Gewerkschafts-Ganze
 Anfang 8 Uhr

Zeltgarten.
 Dir.: H. Krainsik.
Letzte Woche
 das brillante
Spezialitäten-Programm.
 (12 Attraktionen).
Entree 10 Pfg.
 Referent 20 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung im Saale.

SCALA Einzig überd. Somm.-Variété
 Nikolaistrasse 27.
 Nur noch drei Tage
die brillant. Spezialitäten.

Konzerthaus Flora.
 Dir. H. Krainsik.
 Was für Breslau!
 Ein
Erntefest in Ungarn
 Der Saal ist dem Fest entsprechend prächtig dekoriert.
Frei-Konzert
 mit acht ungarischen Zigeuner-Damen-Ensemble.
 Star Schickung des ungarischen Nationalorchesters.

Palmengarten.
 Dir. H. Krainsik.
Wiener Jäger-Orchester
„Semiramis“.
 Entree frei!

Das meiste das meiste
 im
Poenreich
 ?
 Sozialdemokratisches
Liederbuch
 von Max Kegel.

Auch gegen bar!
Halt
 !
 auf
Kredit
 1 Zimmer Anzahl. 7 Mk.
 2 " " " 14 " "
 3 " " " 22 " "
 4 " " " 30 " "
 Einzelne Möbel, Polstersachen, Kläderwagen, Sportwagen, Nähmaschinen, Anzüge, Paletots, Damen-Konfektion, Kanufakturwaren etc. etc. 3728
 mit kleinster Anzahlung. Katalog gratis u. franko. Kredit nach nach erwirkt.
 Sonntags geöff. 8-9, 11-2.

S. Osswald,
 Breslau, Schnabrücke 74,
 1., 2., 4. Et.

Rechte u. Pflichten des Mieters
 nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski.
 Preis pro Exempl. 20 Pfg. netto.
 Die Broschüre ist fast vollständig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.

Am 27. d. Mts., mittags 1 1/2 Uhr, verschied sanft nach kurzem schweren Leiden unser Freund und langjähriger Mitarbeiter, der Modelltischler Herr
Carl Langner
 im besten Mannesalter von 47 Jahren.
 Wir verlieren in dem Entschlafenen einen treuen Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
 Breslau, den 29. August 1906.
 Das gesamte Arbeitspersonal d. Eisengleiserl v. Moritz Fringsheim.
 Beerdigung: Donnerstag, den 30. August 1906, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Altbüserstrasse 37 nach dem Maria-Magdalenen-Friedhofe. [3729]

Am 26. d. M. verschied an den Folgen eines im Berufe erlittenen Unfalls unser Mitglied, der Klempner
Carl Tietze
 im Alter von 45 Jahren. 3735
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Breslau).
 Beerdigung: Mittwoch, den 29. August, nachm. 3 Uhr, vom Wenzel-Hancke'schen Krankenhause, Neudorfstrasse. [3732]

Weissstein! Mieter-Verein.
 Sonntag, den 2. September 1906, nachm. 1 Uhr:
Monats-Versammlung.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Jedermann hat Zutritt.
 Die Kommission.

Konsum-Verein für Striegau u. Umgegend
 (E. G. m. b. H.).
 Sonntag, den 9. September er., nachm. 2 1/2 Uhr, im Gasthof zur „Bierquelle“ in Gräben:
6. ordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassabericht. 2. Revisionsbericht und Entlastung des Vorstandes. 3. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns. 4. Ergänzungswahlen des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Beschlußfassung über den Höchstbetrag der Anleihen und Sparanlagen (§ 43, Abs. 8 des Statuts). 6. Besprechung über Errichtung einer Sterbestiftung. 7. Verschiedenes. 8. Anträge sind rechtzeitig beim Unterzeichneten einzureichen (§ 38 des Statuts).
 Der Vorsitz hat nur Mitgliedern gestattet.
 Der Aufsichtsrat d. Konsumvereins f. Striegau u. Umgegend, E. G. m. b. H.
 Paul Köhler, Vorsitzender. 3733

Anzüge 10
 Mark
 nach Maß, elegant auf Köpffaar, besser Stoff, von 17 Mark an, nur in der Fabrik [3727] Carlstrasse No. 42, I.

Der politische Massenstreik
 Vortrag von Ed. Bernstein in Breslau.
Konfiszieren gewesen!
 Preis 20 Pfg.
 Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Grosses Sommer-Fest.

Deckblattmaderin
 gesucht Scheitigerstraße 28, prt. 62.45

Pfandleih-Institut.
 Geld auf Pfänder leicht Pfandleih-Institut, Friedrich-Wilhelmstraße 61, I. [3601]

Spazierstöcke
 Händig neue Muster offeriert 3391
Gustav Baier
 Adalbertstraße 2, Ecke Uferstr.
 Kupfer-Schmiedestraße 50/51, Ecke Altbücherstraße.

Faunenstraße 3
 Emaille-Fabrikanten, Wannen, Rahmen, Eimer, Töpfe, Kohlenkasten, Petroleumlampen
 billiger wie im Warenhaus.

Bettfedern,
 frische, große Sendung eingetroffen, garantiert reine Gänsefedern, keine ungeschl., sowie gute hellweisse geschliff. Kropffedern in einzig. Sorten, auch schöne Daunens, für Ausstattung geeignet, empfiehlt
Florian Köhler
 aus Reichsdorf in B. [3731]
 Verkauf beginnt Dienstag, den 28. d. Mt. und dauert nur einige Tage, so lange Vorrat reicht, am Lehnemann 14, Ecke Bücherstraße, Bahnhofsstraße der Gürtelbahn.

Die Volksschule wie sie ist
 von Otto Rühle
 Preis 30 Pfg.
 Zu beziehen durch die Expedition und Kolportage.

Entree 30 Pf.
Tanzschleife 30 Pf.

Die russischen Wirren.

Vorbereitungen der Revolutionäre.

Ueber den Aktionsplan der Kampfororganisation wird noch folgendes aus Petersburg mitgeteilt: Nach dem im Polizeidepartement konzentrierten Material stellt sich nun heraus, daß das Attentat auf Stolypin eine Fortsetzung des am 1. März 1905 in der „Boiewala Organisations“ (Kampfororganisation) entwickelten, mit dem jetzigen Attentat noch lange nicht erschöpften Planes ist, dessen Anfang der Schredschub in Kasan und Selo war. Wie raffiniert und mit welcher Todesverachtung die Mitglieder der stiegenden Abteilung dieser „Boiewala Organisations“ hierbei zu Werke gehen, erhellt unter anderem aus folgendem: Nachdem bekannt geworden ist, daß die geforderten Zugeständnisse von der russischen Regierung vorläufig nicht zu erwarten sind, und die russischen Revolutionäre in den angeblich liberalen Bestrebungen des Ministerpräsidenten Stolypin lediglich ein Schild für ein weiteres reaktionäres Vorgehen sehen, wurde Stolypin von den Revolutionären kürzlich dahin verständigt, daß er sofort andere auf der Proskriptionsliste vermerkte Personen der russischen Zentralregierung unbedingt ihr Leben einbüßen werden, falls sich die russische Regierung nicht dazu bequemen wird, andere Wege einzuschlagen, mit den Rebellen auszuhandeln, die sofortige Einberufung der Reichsduma anzufordern und dies alles in einem Rahmen bekannt zu geben. Um dies zu erreichen, sei eine größere Anzahl der Mitglieder der stiegenden Abteilung der „Boiewala Organisations“, darunter mehrere hochgestellte Persönlichkeiten, bereit, ihr eigenes Leben basir einzujagen oder bei der Grund zu gehen.

Vor hat man sich in den russischen Regierungskreisen allmählich an solche Drohungen gewöhnt, aber in den letzten Tagen lauteten die beim russischen Polizeidepartement eingelaufenen Nachrichten über die Vorbereitungen der Zentralleitung der „Boiewala Organisations“ derart beunruhigend, daß man sich zu außerordentlichen Maßnahmen zu veranlassen sah, unter anderem auch dazu, alle nach Petersburg kommenden Güte von zahlreichen Kriminalbeamten, unter denen sich viele junge Damen befanden, begleitet zu lassen. Aber selbst diese besonderen Vorkehrungen erwiesen sich als nicht ausreichend, denn die nach dem Verlassen der Petersburger Post am 19. August eingetretene überaus strenge Untersuchung ergab verschiedene Momente, die darauf hinwiesen, daß gerade in den letzten Tagen mehrere Mitglieder der stiegenden Abteilung der „Boiewala Organisations“ nach Petersburg gekommen sind.

Es ist begreiflich, daß in den beteiligten russischen Kreisen die Ängstlichkeit der in Petersburg ins Leben gerufenen „Petersburger Komitè“ die schlimmsten Befürchtungen herbeiruft. Die Kampfororganisation ist offenbar jetzt fast erschlossen, den Kampf gegen die Selbstherrschaft bis auf Messer zu führen.

Die einstufige Attentatsliste.

Die Attentate der letzten Jahre, soweit sie hochgestellte Persönlichkeiten betreffen, stellt die „Strana“ in einer, wie die deutsche „Vaterl.“ bemerkt, vielleicht nicht einmal ganz vollständigen Uebersicht zusammen, die sich auf den Zeitraum 1901 bis 1906 erstreckt.

Ermordet wurden: im Jahre 1901: der Unterrichtsminister Bogolomow; im Jahre 1902: der Minister des Inneren Schipagin; im Jahre 1903: der Gouverneur von Ufa Bogdanowitsch; im Jahre 1904: der Generalgouverneur von Finnland Bobrisow, der Bigogouverneur von Jekaterinopol Andrejew, der Minister des Inneren Plehwe; im Jahre 1905: der Prokurator des finnländischen Senats Johnson, der Gouverneur von Dala Fürst Katalaschib, Großfürst Serajew Alexandrowitsch und der Stadtkapitän von Moskau Graf Schumalow; im Jahre 1906: der Bigogouverneur von Tambow Ljubenowitsch, der stellvertretende Bigogouverneur von Wolgast Filonow, der Gouverneur von Iwer Slezjow, der Generalgouverneur von Jekaterinopol Seltinowitsch, der Kommandant des Petersburger Hafens Admiral Kusmitsch, der Oberkommandierende der Schwarzmeerflotte Admiral Eschuhin, der Gehilfe des Warschauer Generalgouverneurs General Warzgrafski und der Gouverneur von Samara Wlad.

Verwundet: im Jahre 1902: der Gouverneur von Charkow Fürst Obolenski; im Jahre 1903: der Gouverneur von Wilna von Wasil; im Jahre 1904: der Statthalter des Kaukasus Fürst Goltzow; 1905: der Gouverneur von Wlora Wladowitsch, der Gehilfe des finnländischen

Generalgouverneurs Deitrich, der Oberpolizeimeister von Warschau Roden, der Gouverneur von Ufa General M. Solofostoff, der Gouverneur von Moskau Alingenberg, der Gouverneur von Tomsk Baron Korff; 1906: der Bigogouverneur von Schernigowo Schowstow und der Bigogouverneur von Jekaterinopol Michin. Verletzte Aufschläge auf das Leben: des Oberprokurators des heiligen Synods Pobjedonoszew, im Jahre 1901; des Gouverneurs von Tawris Pajlow; des Oberpolizeimeisters von Moskau Trepow, des Generalgouverneurs von Moskau Magimowitsch, des Gouverneurs von Saratow Stojbin und des Bigogouverneurs von Staratow Knoll, im Jahre 1905; des Gouverneurs von Minsk Kurim, des Kommandanten von Sebalopol Replikow, des Generalgouverneurs von Minsk Zimofeloff und des Kommandierenden der Truppen des Obesker Militärbezirks Baron Kaufbars im Jahre 1906.

Ein weiser Rabe.

Das Blatt „Do“ (das den unterirdischen „Dwadsch Wel“ ersetzt) teilt mit, daß der Biseagouverneur von Woroneß Oberst Koch entlassen worden ist, weil er an den früheren Abgeordneten Kuzmin-Paramow folgendes Telegramm abgeschickt hat:

„Ich stehe Sie im Namen der Liebe zum vielgeliebten Volke an, sich mit einem Anruf an die Bauern zu wenden, sie zur Geduld zum festen Glauben an die Fruchtbarkeit der Arbeit der Duma zu mahnen. Sinkende Hoffnung, bittere hoffnungslose Not führen sie zu wahnwitzigen Taten. Ich bin soeben aus dem Mayon der Karantiden zurückgekehrt. Das Herz zerbricht, wenn ich daran denke, was ich gesehen habe. Nur mit Rücksicht und Liebe kann man das Blutvergießen abwenden. Andere Mittel gibt es nicht. Erbarmen Sie sich der Unselbstlichen.“

Neue Meutereien.

Sind unter den Marinekräften in Kronstadt ausgebrochen. 200 mit Urlaub an Land befindliche Matrosen, die den letzten Notenaufstand für die Regierung bekämpften, drangen in das Kasino, erschossen drei Offiziere und zählten 250,000 Rubel aus der Admiralitätskassa. Die Meutereien schlossen sich 800 Matrosen an. Inzwischen waren Kosaken requiriert worden. Sie verletzten 20 Meuterer und verhafteten die übrigen. Infolge dieser Vorgänge wurden sämtliche Kriegsschiffe in Kronstadt besetzt und ein Kriegsgericht eingesetzt.

In dem Kavallerie-Condolokommando sind Unruhen entstanden. Eine Anzahl Soldaten verweigerte den Gehorsam, 16 von ihnen wurden ins Gefängnis abgeführt.

Verzweiflung.

Die Ermordung des Generals Wonscharski soll, wie verlautet, nur den Anfang zu neuen Attentaten bilden. Die Soldaten veranfaßten während der Meutereien gegen ihre Offiziere, die Gerüchte verbreiteten, daß die Juden die Inspiratoren aller Morde seien. Ein Offizier hielt an die Soldaten eine Ansprache, in der er sie aufforderte, einen Pöbel gegen die jüdische Bevölkerung von Warschau zu veranstalten. Der Generalgouverneur von Stalton bestatet sich seit dem Attentat in wahnwitzigen Todesängsten. Die Ärzte stellten einen schweren Nervenschlag fest, der durch Drohbriefe täglich noch gesteigert wird. Auf Befehl Staltons ist das Regierungspalais mit einem Wall von Soldaten umgeben. Die Polizei hat eine Anzahl Wohnungen umstellt, die im Boden vergraben waren und bei Gelegenheit zur Explosion gebracht werden sollten. Die Regierung jagt fortwährend nach den Urhebern der verhassten Attentate und verhaftete über 200 Personen.

An den Chef des Gendarmekorps in Petersburg laufen aus den baltischen Provinzen Besuche der dortigen Polizeibehörden ein, Personen für den Landpolizeidienst dorthin abzukommandieren, da es schwierig geworden sei, an Ort und Stelle Leute zu finden, die diesen Dienst übernehmen wollen.

In Petersburg und in Peterhof sind die Tonen verstärkt worden. Ein Torpedoboot kreuzt in der Nähe von Peterhof. Umfassende Sicherheitsmaßregeln zur Verhütung neuer Attentate sind

getroffen worden. — Das war früher auch schon der Fall und es hat doch nicht genügt.

Neue Attentate.

Lambow, 27. August. Gestern, Abends, wurde auf der Pilschij-Nowgoroder Zweigbahn ein Personenzug überfallen. Ein Polizeioffizier, ein Schutzmann, ein Gendarm wurden getötet und ein Schaffner tödlich verwundet.

Petersburg, 27. August. Der Revolutionär Leontjew schloß heute gegen den Polizeichef Gory, als dieser gerade im Wagen den Newsky-Prospekt passierte, eine Bombe. Der Rutscher wurde getötet, Gory leicht verletzt, der Täter entkam.

Mosk., 28. August. Um den Straßenbahnverkehr, der von Streckbrechern mit Polizeibedeckung auf einer Linie aufgenommen wurde, zu unterbinden, wurden um 10 Uhr Abends durch zwei Dynamitbomben, die mit furchtbarem Knall explodierten, zwei eiserne Pfeiler auf dem Alexander-Boulevard stark beschädigt. Menschen wurden nicht verletzt. Die Attentäter entkamen. Von den zwei Pfeilern befand sich einer beim Gerichtsgebäude, der zweite beim Stadttheater. Die Erregung ist sehr groß.

Ein neuer (driller) Attentatsversuch ist, nach einer Meldung des „Frank. Kur.“, aus Odesa am Sonntag Abend gegen den dortigen Gouverneur, Baron v. Kaufbars, unternommen worden. Der Anschlag mißlang. Ebenso wie bei dem kürzlich vorgekommenen Fall näherte sich ein junges Mädchen dem Palast des Gouverneurs, ließ aber die Bombe zu früh fallen. Das Mädchen, das bei der Explosion der Bombe verletzt wurde, ist verhaftet worden.

Ebenfalls ermordet wurde in Alexandrowo der Oberst Gensch der dortigen russischen Grenzbesatzung. Der Oberst hatte die letzte Strafexpedition in den aufstrebenden Grenzgebieten mit feindlicher Brutalität ausgeführt. Daher die Strafe.

Simbirsk, 27. August. Bei der Öffnung einer von Simbirsk in Winsk eingetroffenen Postkammer wurde das Fehlen eines Betrages von 28,000 Rubeln festgestellt.

Ueber die Bestie Winn.

des nunmehr durch eine Bombe beseitigten Kommandeurs des Javan-Regiments „Semenowitsch“, wird gemeldet: Seine Devise war: „Palsch no schalot!“ (Kugeln nicht sparen!), und er hat eigenhändig die Gerechten und Ungerechten ohne jegliche Untersuchung niedergeknallt. Dabei ging er mit Vorliebe wie folgt vor: Nachdem er die ihm als verdächtig bezeichneten Personen an sich kommen gelassen hatte, richtete er einige Fragen an sie, und wenn die Befragten ihre völlige Unschuld zu beweisen bereit waren, trieb er sie mit dem Bemerkten fort, sich schnurstracks nach Hause zu scheren. Kaum hatten sie aber einige Schritte getan, als ihnen Winn und sein Kawai mehrere wohlgezielte Kugeln nachjagten, die die Unglücklichen niederstreckten. Verwundete Zivilisten, die in dem überfüllten Krankenhause Moskaus keine Aufnahme finden konnten und in dem Sanitätszug untergebracht waren, wurden auf Wunds Befehl hinausgeworfen und sind elend erfroren.

Auch ließ Winn seine Mannschaften allzu oft das Bajonett in Anwendung bringen, und mehrere Klagen überlebender Krüppel warten noch der gerichtlichen Entscheidung. Diese und andere Taten Winns wurden von den russischen Blättern unbeanstandet gebracht und erregten viel Aufsehen. Noch kürzlich wurde Winn von militärischer Seite öffentlich aufgefordert, wenigstens einen Teil der ihm unter irdischen Ansagen zur Last gelegten Grausamkeiten zu widerlegen. Doch Winn schwieg, der Herz aber beförderte ihn zum General. Ernennung am 4. August keine Tochter zur Hofdame der Zarin und beabsichtigte jetzt den General Winn mit einer Strafexpedition nach den Offizierprovinzen zu entsenden, was die russischen Revolutionäre mit der Ermordung des verhafteten Generals Winn quittierten.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Naturphilosoph Wilhelm Röhlicke, auch in Arbeiterkreisen weit bekannt durch seine ausgezeichneten Schilderungen des Lebens in der Natur, ist aus der preussischen Landeskirche ausgeschieden. In der „Deutschen Kultur“ begründet er diesen Schritt wie folgt: „Ich bin nach langem, feilschem Ringen aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden, nicht um mich damit von religiösen abzuwenden, sondern ausgesprochen um es mit zu verlassen. Die Kirche (ganz allgemein jetzt gesprochen) hat meiner festen Ueberzeugung nach in ihrer gegenwärtigen Form vollständig den Anschluß verpasst an den echten großen Strom religiösen Lebens und Strebens, der durch unsere Zeit rauscht wie durch jede andere, der aber durch sie rauscht und rauschen muß als ein Lebensquell und Herabflutquell unserer Zeit. Ich richte hier nicht über geschichtliche Zusammenhänge. Ich richte noch weniger über die Lauterbarkeit der persönlichen Motive; aber ich stelle für mich ein einfaches Faktum fest. Ich bin aus der Kirche ausgestiegen, um im Christentum mich zu erhalten, und ich sehe, daß es einer großen Menge von denkenden Menschen heute bereits ebenso geht. Ich erblicke in dieser Stimmung das entscheidende Symptom. Der Kampf der Kirche mit dem rohen Wank an religiösem Empfinden, der platten Verstandeslosigkeit für die geistliche Idee war noch ein echter Kampf, wo es sich lohnt, Stellung zu nehmen. Die Kirche von der Kirche aus religiösen Gründen, aus religiösem Lebensbedürfnis: das ist nicht mehr ein Kampf, es ist eine einfache, schlichte Handlung neu lebenden Lebens, das nicht mehr fragt, nicht mehr hadert, sondern handelt. Das religiöse Leben ist ein Produkt neuer, unferer Ueberzeugung noch unserer Wünsche. Es ist ein Naturstrom, der uns durchrauscht, und der sich durch die Zeiten kein Bett gräbt, wie er will. Lange Zeit ist er quer durch die Kirche geflossen. Dieses Bett ist verlandet. So gräbt er sich ein neues außerhalb.“

Aus aller Welt.

Ueber das Erdbeben in Chile teilt Professor Albin Belar, Leiter der Erdbebenwarte in Laibach, der „N. Fr.“ folgendes mit: „Der große amerikanische Weltbeben ereigneten sich bereits im laufenden Jahre: das erste am 31. Januar war unterirdischen Ursprungs. Erst nach vierzehn Tagen kam die Nachricht nach Europa, daß am genannten Tage eine verheerende Flutwelle, begleitet von heftigen Erschütterungen am Küstengebiet des Stillen Ozeans von Ecuador und Kolumbien ausgeht. Die Ausläufer dieses unterirdischen Bebens waren nach in Europa so stark, daß die meisten

Erdbebenmesser ihren Dienst versagten. In Laibach wurde damals ein Hauptauschlag von 120 Millimeter beobachtet und die Herdenfernung auf 12,000 Kilometer berechnet. Das zweite Weltbeben war jenes von San Francisco mit einem Hauptauschlag von 80 Millimeter am Erdbebenmesser bei einer Herdenfernung von 10,000 Kilometern. Dazu kam nun als drittes Weltbeben jenes von Valparaiso mit einem Hauptauschlag von 40 Millimetern bei einer Herdenfernung von mehr als 12,000 Kilometern. Die Stärke dieser drei Beben steht also im Verhältnis wie die Zahlen 3:2:1. Wenn wir die Herdenfernung außer acht lassen, wäre von den dreien die längste die schwächste gewesen. Die schwächste Frage, ob das Beben von San Francisco stärker als jenes von Valparaiso war, wird nur jene Worte einwandfrei beantworten können, die von den beiden Erdbeben gleich weit entfernt liegt. Eines fällt bei der Aufzeichnung des jüngsten östlichen Bebens auf: Die Aufzeichnungen sind außerordentlich reich an Bewegungsgruppen, die durch mehrere Stunden andauern, woraus wir schließen dürfen, daß der Hauptstoß einer größeren Anzahl von Einzelbewegungen nachfolgte und somit auch das Hauptbeben von Valparaiso länger dauerte als jenes von San Francisco. — Als ein sehr seltener Prophet haben sich die „Deutschen Nachrichten“ in Valparaiso ereignet, von denen eine Nummer, allerdings noch vor der Zeit der Erdbeben, dieser Tage nach Deutschland gekommen ist. Sie widmen nämlich des Vortages des Erdbebens von 1873 diesem eine Betrachtung, die in die trefflichen Worte ausfällt: Es ist damals, wie unahnhliche Male vorher bei schwächeren Beben, alles gut abgegangen, woraus der irrtümliche Schluß hervorgeht, daß die Umgebung Valparaisos zu schweren Erdbeben durch ihrer geologischen und geographischen Beschaffenheit kein Talent hat. Wenige Wochen nach dieser Betrachtung wird fast ganz Chile durch Erdbeben erschüttert, und Valparaiso liegt in Trümmern!

Klassische Heirats-Annoncen. Ein etwas angejahrter Fräulein, das seit einer Reihe von Jahren eifrig die Heirats-Annoncen in den Zeitungen liest, hat daraus folgende Wünsche zusammengestellt: „Sein gebildete Dame aus guter Familie möchte gleich dem Rädchen von Heilbrunn einem Großen Wetter vom Strauß ihr höchstes Glück zu verbinden haben.“ — „Eine leuchtende Amalia im Besitz von mehreren Tausendmarken sucht einen Karl Moor, der ihr das Geld und das Herz raubt.“ — „Prima-Gräfin ohne Familienangehörige wünscht die Bekanntschaft eines Doktors Faust zu machen, dessen Kenntnisse in der Magie ausreichend sind, ihr das Herz zu begabern.“ — „Liese, 18 Jahre alt, blond, von stattlicher Gestalt, sucht einen Verlobten, dessen Leinwandspannung zur Hausstandsgründung ausreicht.“ — „Solort verheiratet will ich sein, aber ein solches Heirat mit edelstehendem Pöbelkomitè, der ausgezeichneten

sein eigen nennt.“ — „Ein edler Prinz von Guastalla wird von Emilia Galotti im vorgerückten Alter begehrt. Kinderlose, wohlhabende Witwer werden bevorzugt.“

Befähigungsnachweis. In einer Sommerfrische des Schattens halten sich mehrere junge Damen in der herrlichen Luft und bei trefflicher Verpflegung angesetzt. Um bei ihrer Heimkehr aber nicht allein die rosenen Büchsen als Quittung für die erfolgreiche Sommerfrische, sondern auch etwas Schriftliches vorweisen zu können, beschloß man, vor der Abreise sich noch wegen zu lassen. Der Sohn des Hauses stellte sich freundlich zur Verfügung. Bei einer Dame siegen jedoch Bedenken gegen den Befähigungsnachweis des jungen Mannes auf. Ob das ihr krausprohrene Gemüth ihr zu leicht oder zu schwer erschien, sei dahingestellt. Kurz, sie fragte den jungen Mann, ob er auch sein verantwortungsvolles Amt verfolge. „Doch will ich meine“, antwortete der biedere Sohn des Sommerwaldes, „ich bin schon viel Gutes bei der Befähigungsnachweis wurde unter allgemeiner Beifall für gelistet erwählt.“

Alte Chronik. Zwischen Walsertal und Götterglück wurde ein unbekanntes, etwa 20 Jahre altes Mädchen verpömmelt und erwürgt aufgefunden. Der Täter ist bisher noch nicht ermittelt. — Ein 21-jähriger Lehrling gab in Braunschweig auf eine Proskripte drei Revolverkugeln ab und verletzte sie durch einen Schuß in die Brust. Der Täter ist flüchtig. — Bei einer Wohnungsfeier heute Vormittag der 6000 Kilogramm schwere Wagen mit der mechanischen Leiter der Schöneberger Feuerwehre infolge Anstoßens an eine Vorrichtung um. Der Oberfeuerwehmann Kühne, der den Wagen lenkte und der Feuerwehmann Schütz wurden aus dem Wagen herabgeschleudert. Der Oberfeuerwehmann erlitt so schwere Verletzungen, daß sie seinen Tod zur Folge hatten. Schütz erlitt nicht unbedeutende Verletzungen an der Brust und an den Hüften und wurde in ein Krankenhaus überführt. Der durch den Unfall tödlich getötete Wagen kostete etwa 20,000 Mark. — Bei Abbruch der „Land“ im „Dampfer „Kalabria“ mit dem deutschen „Land“ zusammen. Beide wurden stark beschädigt. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. — Aus Wien wird gemeldet: Der „Kaiser“ des in Kremsmünster garnisierenden 5. Pionier-Regiments haben auf der Straße bei Mautern eine Frau verpömmelt und ermordet. Die Mörder sind bereits verhaftet. — Wie der „N. Fr.“ aus Odesa telegraphiert wird, wurde dort der russische Botschafter Stomogoloff mit 3 Kindern in seiner Wohnung ermordet und hingerichtet. Der Mörder, ein entlassener Sträfling, wurde verhaftet.

Weiteres.

Der Major v. Jander ist in Laibach der Wundarzt des dortigen Honddr. gestellt worden.

Blutige Straßenschlacht.

In Odeffa waren nach einer Meldung der Londoner „Central News“ bei einem Straßenkampf 80 Personen getötet und 250 verwundet worden.

Die Bauern.

Kiew, 28. August. Die Bauern des Wolgagebietes schließen sich den Revolutionären an. Sie laden sich zu Panzen zusammen, jagen, bewaffnet mit Beilen und Sägen, vor die Oble der Gutsbesitzer und fordern, daß ihnen gute, gebrauchsfähige Waffen gegeben werden. Als ihnen das Ansuchen verweigert wurde, brannten sie diese Gutsbesitzer nieder. Eine große Anzahl von Wolsaßiden ist von den Revolutionären gefoltert worden.

Er macht sein Testament.

Wiesbaden, 29. August. Ministerpräsident Stolypin erklärt, er erwarte neue Attentate und schreibe deshalb sein politisches und privates Testament ab.

Am Scheidewege.

Petersburg, 29. August. Voraussichtlich findet am Freitag im Beisein des Zaren und der Großfürsten eine Sitzung des Kabinetts unter Leitung der Reichstagsmitglieder statt, worin über die Frage, ob freigelegte Reformen eingeführt oder die Diktatur verhängt werden soll, endgültig entschieden werden wird. Wenn Reformen beschlossen werden sollen, dann wäre die Bildung eines Koalitionsministeriums mit Stolypin an der Spitze und die Einberufung der Duma zu einem früheren Zeitpunkt, als in dem Auflösungsmanifest in Aussicht genommen ist, wahrscheinlich.

Oesterreichischer Brief.

(Wie man in Oesterreich die Behörden erzählt.)
Im Bericht der „Volksmacht“ über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau lese ich die Versicherung des Genossen Albert, der der Reichstagsfraktion empfahl, nach dem Beispiel der österreichischen sozialdemokratischen Fraktion jeden einzelnen Fall behördlicher und insbesondere polizeilicher Willkür, jede neue Geldentlastung der Klassenpolitik, und was sonst an schändlichen Vorfällen Preußen-Deutschlands, an den Schöpfen des Reichstums der Krupp, Borsig, Mendelssohn ebenso, wie der „Vollkneute und Pöbelische“ geübt wird, im Parlament zur Sprache zu bringen. Genoss, Genosse Albert hat recht, wenn er sagt, daß wir österreichischen Sozialdemokraten einen großen Teil der Erziehungsarbeit an den „A. S.“-Bürgern durch Annahmepolitik der Reichstagsfraktion besorgen, daß wir festhalten mit jeder, auch kleineren behördlichen Schweinerlei unsere Fraktion überlaufen. Und von uns haben die demagogischen Parteien, die nach der Einführung der Bardenheimschen Kurie erst entstanden und jene, die seit damals in Arbeiterkreisen, etwa à la Zentrum und Radikalen, machen, gelernt. Der Fremde, der die stenographischen Protokolle des österreichischen Abgeordnetenhauses durchsieht, wird sich wohl riesig wundern über die gewaltige Anzahl von Interpellationen, die da abgedruckt sind. Ihre Zahl schwankt pro Sitzung etwa zwischen 15 und 70! Und sie werden alle wortwörtlich im stenographischen Protokoll veröffentlicht. Verlesen wird vom Schriftführer allerdings nur der „Kopf“, also etwa: „Interpellation der Abgeordneten Dörmayr und Genossen über die geschwundene Konfiskationspraxis des Staatsamts in Graz“ und dergl. mehr.

Nur wenn ein Abgeordneter (aus obstruktivistischen Gründen) geschickt dies oft die wörtliche Verlesung des Einlaufs wünscht, gelangen alle Anträge, Petitionen und Interpellationen weitausgehend zur Verlesung, was natürlich bei einem reichhaltigen Einlauf mit Leichtigkeit Hunderttausend dauern kann — umso mehr als die jeweils obstruierende Partei den Schriftführer genau kontrolliert, auf daß er nicht möglich 15 Unterchriften genügen zur Einbringung einer Interpellation, jedoch es auch den kleineren Fraktionen mit freundschaftlicher Hilfe möglich ist, von diesen straflosen Mitteln der Brandmarkung von Behörden (allerdings auch der Beschimpfung Außenstehender) Gebrauch zu machen. Eine Anwendungsart des Interpellationsrechtes sei hier besonders erwähnt: nämlich die „Immunitätierung“ konfiszierter Artikel, in ganzer Druckschrift und Bücher. Da nach der Verlesung wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen des Reichstags und der Landtage nicht konfiszieren werden können, läßt man eine konfizierte Druckschrift, einen beschlagene Artikel einfach im Gewande einer Interpellation über die Handhabung des Pressegesetzes durch den Staatsanwalt oder das Gericht in Linzstadt im Parlament vorbringen, und so kann allerdings nur während der Tagung des Abgeordnetenhauses oder auch der Landtage, eine Zeitung, die konfiziert wird, am Tage nach der nächsten Sitzung den konfiszierten Artikel zum Argern der Polizeihäupter aller Grade und zum Gaudium des Publikums abdrucken, was denn auch oft geschieht, so lange man eben noch konfiziert — bis auf Gassen und Felder hat man das den Herren Staatsanwälten zum großen Teil eben durch die „Immunitätierung“ und durch allerlei Schwindeleien, die man der Polizei und Gendarmerie schenkt, so ziemlich abgewandt. Als Kuriosum sei erwähnt, daß die Abgeordneten in der Zeit der heftigsten „Los von Rom“-Agitation durch Interpellationen zwei wohlbeleibte Bücher, die überfälligen Staatsanwälte bezw. ihren fremden Kollegen zum Opfer gefallen waren, immunitätieren: nämlich „Sozialrecht“ und „Das Papsttum in seiner sozialkulturellen Bedeutung“ und — Wilhelm Buch's „Heiliger Antonius von Padua“. Auch die bekannte Lauri-Broschüre „Grafmanns Feinde im griechischen Palast“ kamen's auf dem Wiener Franzensring über Aufrechterhaltung aus den Durdellammern der Zensoren. Unsere Genossen müssen zum Beispiel durch eine Interpellation eine Schande als Oesterreicher gut, und das seit den Jahrzehnten der Verfolgungs-Ära verbottene kommunistische Manifest freimachen.

Wenn nun in Oesterreich jede behördliche Schikane, von der wir erfahren, zum Gegenstand einer Interpellation gemacht wird, so mag der Gegenstand zum Teil dem Reich darin begründet sein, daß nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (oder wie es ein Parteibeamter einst mit einem, unbekannt die Wahrheit sprechenden Jargon nannte: „A. S. Abgeordnetenhaus“) Interpellationen bei uns keiner weiteren Behandlung bedürfen; wenn sie gehörig gezeichnet sind, und nicht gerade so exorbitante Kaiser-Behördungen oder Schweinerien enthalten, daß der Präsident sie zurückweist (wogegen natürlich die Berufung an das Haus offen steht). So werden sie verlesen und wörtlich dem stenographischen Protokoll beigegeben. Dagegen, so glaube ich wenigstens, ist der Apparat im Reichstage viel komplizierter. Da ja dort eine Interpellation mündlich begründet und meist es auch gleich vom Minister beantwortet wird, wenn es sich nicht um preußische Polizeistellen handelt. Da ist es ja Brauch, daß sich die Herren preussischen Bundesrats-Mitglieder von dem Reichstage (bzw. habe ich es was gesagt?) nicht vor den Reichstagen lassen und gefüglichen Schritten entziehen. Die Beantwortung der Interpellation ist auch bei uns möglich. Das Haus kann nämlich auf Antrag eines Mitgliebes beschließen, sofort oder in einer der nächsten Sitzungen über die Antwort des Ministers die Debatte zu eröffnen. Eine Beschlußfassung etwa wie in Ungarn, darüber, ob die Beantwortung zur Kenntnis genommen werde oder nicht, gibt's im Wiener Reichstag allerdings nicht. Die Interpellationspraxis im Reichstag ähnelt am ehesten der in Oesterreich bei Dringlichkeit. Anträgen ist es nicht, welche Anträge müssen von zwanzig Abgeordneten gefordert sein. Sie sind sofort in Verhandlung zu ziehen, d. h. der Antragsteller hat die Dringlichkeit zu bezeugen, was nach der Geschäftsordnung eigentlich in allgemeiner Weise geschehen soll, indem man meist schon in der Debatte über die Frage der Dringlichkeit der Gegenstand wörtlich durchgesprochen. Die dritte Seite, das heißt sofortige Durchberathung des Antrages, ist nach dem österreichischen Beispiel beschaffen. Unsere Genossen sind — außer in Oesterreich — Dringlichkeitsanträge nur in wirklich wichtigen

oder dringlichen Fällen. (So zum Beispiel kurz nach Ausbruch der russischen Revolution, als Dazhinski die Aufforderung an die Regierung beantragte, den russischen Zirkulationen möglichst müßig und entgegenkommend gegenüberzutreten, was der damalige Minister des Innern, Graf Wladimir-Rubini, denn auch unter allgemeinem Beifall zusagte. Wir können uns auch nicht über besondere Vorkommnisse galizischer Behörden für die kaiserlich-russischen Wörtherorden besorgen.)

Von den Ministern beantwortet werden wohl nur die wichtigsten Interpellationen; allein in den meisten Fällen reicht die bloße Einbringung, von der ja alle früheren Zeitungen summarisch, bis am Ort der betreffenden „Behandlung“ erscheinenden natürlich eingehend Notiz nehmen, aus, um den Ueberleber behördlicher Organe zu hämpfen, event. dem schamlosen Unschimmel Beine zu machen. Aber die großen Interessenkonflikte und die materiellen, aus den wirtschaftlichen Verhältnissen und Klassenverhältnissen entspringenden Beweggründe werden dadurch natürlich nicht beseitigt und der Kampf der Arbeiterklasse dadurch kaum wesentlich vermindert. In vielen Fällen ist eine Interpellation auch nicht viel mehr, als ein Mittel, einen vorlauten Rasch zu ärgern. Allerdings nützen sie oft auch: einmal, weil sie die Öffentlichkeit weit mehr tangieren, wie etwa ein Zeitungsartikel eines Provinzialblattes. Was im Parlament vorgeht, kommt eben nicht nur in die Blätter einer Partei, sondern in die aller Richtungen! Und dann: unsere Minister sind, wenigstens die der letzten acht Jahre, so ziemlich „Kulturmenschen“, bei allen Fehlern und Vorurteilen, die sie als Ublige oder Bourgeois, als Minister und Hofmenschen immerhin haben. Und so umgehende Arbeit wird auch leicht zu leisten haben, auf steinigem, durch Nationalhader und kirchliche Volksverdummung verwittertem Boden — die Minister seit Stoeber trachten im allgemeinen doch, Oesterreich einigermaßen vorwärts zu bringen. Die österreichische Arbeiterbewegung hat den Leuten Respekt eingebracht. Sie hat schwere Opfer an Blut und Freiheit nie gescheut, und jede Polizeialttude von heute wird stets übermorgen mit einer Straßendemonstration beantwortet. Sie ist einzig und geschlossen vorgegangen, die gemeinsame Not hat 1889 den Zwiespalt der „Radikalen“ und „Gemäßigten“ überwunden, und wenn nötig, wird dieser Zwiespalt der Welt und insbesondere unseren reichsdeutschen Freunden zeigen, wie man (in Oesterreich) den Massenstreik macht, und dieses Jahr 1906, wie man bei uns das gleiche Wahlrecht für den Reichstag erkämpft.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Mannheimer Parteitag. Die Parteigenossen, die den Parteitag besuchen, werden hiermit darauf hingewiesen, daß im Monat September die badische Hauptstadt Karlsruhe recht außerordentliche Sehenswürdigkeiten bietet. Es gilt dies namentlich für das Studium der einheimischen Kunst und des Kunstgewerbes, das durch eine vorzügliche, reichhaltige Ausstellung gewährleistet ist. Neben Gemälden und plastischen Werken badischer Künstler befinden sich Darstellungen der graphischen Künste, der Kunstschöpferei und Kunstschneider, der speziellen Schmuckkunst. Eine zweite Ausstellung veranstaltet der badische Kunstverein (129 Künstler mit 308 Werken) als lokale Jahrbuchausstellung von 1780 bis 1880. Sie ist eine fördernde Ergänzung der ersten. Die Stadtgemeinde bietet eine stadtgeschichtliche Ausstellung, welche den Werdegang dieser sehr jungen deutschen Großstadt veranschaulicht. Außerdem bietet die Landwirtschafts- und Gartenbau-Ausstellung eine Information über die prächtigen Erzeugnisse des badischen Bodens. Daran schließen sich folgende Einzelausstellungen: Bienenzucht, Wein- und Branntwein-, Fischerei- sowie Jagd- und Jagdausstellung. Wir weisen darauf hin, daß die Staatsbahn eine Fahrpreisermäßigung den Besuchern dieser Ausstellung gewährt.

Außer Landeskonferenz der heilichen Sozialdemokratie. Am Sonntag und Montag in Rülheim bei Offenbach stattfand, konnte mitgeteilt werden, daß das Hessenland jetzt 13,772 organisierte Genossen zählt, das sind 20 Prozent der für uns abgegebenen Stimmen. Die Parteiblätter haben 17,473 Abonnenten, gleich 25,4 Prozent unserer Stimmzähler. Diese Ziffern werden allerdings durch den zum Teil industriell hoch entwickelten Wahlkreis Offenbach-Dieburg günstig beeinflusst. Dort sind 35,6 Prozent der Wähler politisch organisiert, fünfzig Prozent lesen unsere Presse. Im Berichtsjahre wurde ein Partei-Sekretariat für Hessen geschaffen, das Genosse Dr. David verwaltet. Er legte auf der Konferenz sein Amt nieder, da es ihm durch die Mandate für den Landtag und den Reichstag an der notwendigen Zeit mangelt. Durch das Sekretariat sind sehr günstige Erfolge erzielt worden. Genosse David erwähnte in seinem Bericht, daß der Reichsverband eine geeignete die Sozialdemokratie so intensiv arbeitet, daß er sogar ihn, den sozialdemokratischen Reichsverband koordinieren und Parteisekretär, vor kurzer Zeit zum Sekretär aufgebildet hat. Aus den Verhandlungen ist zu erwidern, daß an einigen Sonntagen in verschiedenen Orten Referenzen wurde abgehalten werden sollen. Für Oberhessen haben sich Vorkämpfer in den Kreisverhältnissen ergeben. Es soll nunmehr ein besonderes Komitee für diesen Landesteil geschaffen werden; das Landeskomitee wurde beauftragt, die weiteren Vorkehrungen zu treffen.

Von den Darmstädter Genossen wurde der Vortritt erhaben, es seien ihnen vor der letzten Nachwahl von außen Schwierigkeiten bereitet worden; das sei schuld daran, daß sie erst in der Stichwahl das Mandat eroberten. Genosse Dr. David erwiderte darauf, daß sich die Fraktion mit der Kandidatenwahl befaßt hatte und der Meinung gewesen ist, daß ein bekannter Genosse, vielleicht Genosse Ulrich, die meiste Aussicht habe, das Mandat zu holen. Als eine Vertrauensmänner-Konferenz den Genossen Bericht vorgelesen hatte, habe er allerdings einen Brief an diesen gerichtet, um ihn zum Rücktritt zu bewegen. Das konnte er nicht öffentlich tun; er habe nur das Partei-Interesse wahrgenommen. — In Ausführung des in Jena beschlossenen neuen Parteistatus wurde auf der Konferenz die Beizugsfrage neu geregelt. Der monatliche Mindestbeitrag beträgt jetzt 20 Pf., allerdings erheben jetzt schon viele Organisationen höhere Beiträge, so Offenbach alle 14 Tage 17 Pfennige.

Ueber den Parteitag in Mannheim referierte Genosse Dr. David. Er meinte, zwischen den heilichen Ausführenden in Jena und den zuletzt aufgestellten Obesen befinde den Worten noch kein Widerspruch. Aber wenn man sich erinnert, in welcher Weise auf dem letzten Parteitag von geistlicher Seite die Moskauer-Resolution definiert wurde, dann müßte man das jetzige Verhalten des Parteivorstandes als Schamade bezeichnen, das der zuerst ausgesprochenen Forderung gefolgt sei. Der Moskauer-Entschluß wurde nur dann erfolgreich durchgeführt, wenn wir die Mehrheit des Volkes hinter uns haben. Wir müssen die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation erst viel besser ausbauen. In den letzten Jahren habe die Partei unter Stimmungslosigkeit gelitten, wir würden den Sieg nicht erreichen, wenn wir die Massen allein zu besiegeln suchen, das kommt auf die Dauer ab. Die Veröffentlichung des Protokolls werde stark zu schaffen. Es ist in der Tat durch eine kleine Zahl von Theoretikern und Redaktoren, als deren Stimmführer Genossin Lutzburg gilt, Revolutionsromantik getrieben und die gewerkschaftliche und parlamentarische Tätigkeit herabgedrückt worden. Er brachte eine Resolution ein, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß auf dem Mannheimer Parteitag eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften herbeigeführt werde, und zu diesem Zwecke eine dauernde Verbindung zwischen den beiden Organisationen hergestellt werden muß. In der Diskussion wandten sich fast alle Redner sofort gegen diese Ausführungen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß der Parteivorstand recht gehandelt habe. Man solle auch nicht, gleich anderen Leuten, die Genossin Lutzburg immer verunglimpfen. Wir wollen keine Frontheil herbeiführen, aber die Klassenkämpfe sind immer härter,

und wir werden dann auch ohne unser Zutun zur Entscheidung gedrängt werden. Die Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen.

Eine interessante Auseinandersetzung gab es bei dem Punkte „Unsere Taktik bei den Kommunalwahlen“. In Hessen besteht ein ziemlich freies Wahlrecht mittels geschlossener Listen. Zum Teil ist bei den letzten Wahlen vor, daß in einigen größeren Städten, wie Mainz und Wiesbaden, und einer Anzahl kleinerer Ortschaften die britischen Genossen sich mit bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Liste einlieten. Gegen diese Kompromisse wandte sich in scharfer Weise Genosse Ulrich. Man solle lieber in Ehren unterliegen, als einen derartigen Mandatskader zu treiben. Es müsse immer das Parteiprinzip gewahrt werden, nur in Ausnahmefällen könne im Einvernehmen mit dem Landesvorstand eine Abweichung eintreten. Genosse Dr. David verteidigte die bisher so oft getriebene Taktik. Die Mehrheit stelle sich aber auf den Ulrich'schen Standpunkt und stimme einer Resolution zu, die den Genossen die Pflicht auferlegt, bei allen Wahlen jeden Kompromiß zu vermeiden und selbstständig vorzugehen.

In die Freiheit zurückgekehrt ist am Montag Vormittag Genosse Marchionini in Rönigsberg, der zwei Monate von seiner viermonatigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher Majestätsbeleidigung bereits verbüßt hat. Die Amnestie hat ihm die Perle ihrer Freiheit geschenkt. Ungenügend hat Genosse Marchionini die Haft auf überstanden. Jetzt, nach zwei Monaten, ist er seiner Familie wiedergegeben. Auf's Neue wird er den Kampf aufnehmen gegen das Kapital. Wir aber rufen unserem Genossen ein „Willkommen in der Freiheit“ zu.

Das Signalement des Breßlauer. Genosse Hoffmann, Redakteur der „Freien Presse“ in Elberfeld, soll durch eine Notiz während des Mannheimer Parteitag eine größere Anzahl Polizeibeamte beleidigt haben. Unser Genosse hatte bereits eine kommissarische Vernehmung, wobei sogar (wie bei einem Verbrecher) sein Signalement festgestellt wurde. Es fehlt also nur noch, daß man ihn photographiert (das ist wenigstens zeitgemäß) und dann dem Verbrecher-Album einverleibt.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftlicher Kartellvertrag. Aus Anlaß der großen vorjährigen Lohnbewegungen und Aussperrungen in der Berliner Metallindustrie sind acht Berliner Gewerkschaften übereingekommen, zum Zwecke eines solidarisches Zusammenarbeitens bei künftigen Lohnbewegungen eine Vereinbarung zu treffen, nach deren Bestimmungen das einzelne oder gemeinsame Vorgehen in den Metall-Großbetrieben geregelt werden soll. Diese acht Gewerkschaften sind der Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Zentralverband der Handwerks-, Transport- und Verkehrsbetriebe, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverband, Zentralverband der Schmiede, Maler- und Dekorationsmalerverband, Zentralverband der Schmieße, Maler- und Dekorationsmalerverband der Maschinen- und Bekleidungs- und Zentralverband der Handlungsgesellschaften. Die wesentlichen Bestimmungen dieses Kartells lauten:

Bei etwa 30 stehenden Lohnforderungen einer der angeführten Gruppen für den ganzen Beruf oder in irgend einem Betriebe hat der Vertrauensmann oder Obmann des Betriebes rechtzeitig die in Frage kommende Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen. Die Ortsverwaltung hat nach Prüfung der Sachlage und etwaiger Zustimmung der Forderungen die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes von dem Vorgehen zu unterrichten. Falls diese die Vermittlung begehrt, daß die Durchführung der Forderungen Weiterungen nach sich ziehen könnte und andere Verbände in Mitleidenschaft gezogen werden, ist dieselbe gehalten, unverzüglich die vertragsschließenden Vorstände zu einer gegenseitigen Aussprache zusammen zu berufen. Dasselbe geschieht auch, falls der Metallarbeiterverband selbst eine Bewegung plant, durch welche alle oder eine der vorgenannten Organisationen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Bei vorkommenden Lohnforderungen oder sonstigen Differenzen ist zunächst der Versuch zu machen, diese auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen zu erledigen. Organisations- oder bestehende Ausschüsse sollen hierbei tüchtig in Anspruch genommen werden. Sollte eine Einigung auf dem vorgeschriebenen Wege nicht erzielt werden, so haben die Vertrauensleute oder Obmänner der in Frage kommenden Organisationen ihre Vertretungen sofort in Kenntnis zu setzen, so daß diese ihre Vertreter zu der beschließenden Versammlung entsenden können. Treten die Angehörigen eines Berufes in einen Streit ein, so sind die Arbeiter der anderen Berufes nicht ohne weiteres herauszugreifen, sondern arbeiten weiter, bis die Organisationsleitung aus der Streitenden die Arbeitsüberlegung des anderen Berufes für notwendig hält und bei der anderen Organisation einen dahingehenden Antrag stellt. In Ausübung der Solidarität haben die beteiligten Organisationen resp. deren Mitglieder dahin zu wirken, daß die nicht am Streit beteiligten Arbeiter auf keinen Fall die Arbeit der Streitenden machen. Sollte eine derartige Zustimmung an die Betroffenen seitens der Betriebsleitung gestellt werden, so ist sofort die Streikleitung in Kenntnis zu setzen, welche dann alles weitere zu veranlassen hat. Eine Unterfütterung der Streitenden durch Hinanzziehen anderer Gruppen, sogenannte Sympathiestreiks, darf nur nach einer Verständigung der Streikleitung und der beteiligten Organisationen erfolgen. Auf keinen Fall ist ein Verlassen des Betriebes ohne vorherige Verständigung mit der Streikleitung und den beteiligten Organisationen gestattet. Bei Verstößen gegen die Vereinbarung durch eine der beteiligten Organisationen werden etwa zu treffende Maßnahmen gegen diese Verstöße durch Beistände der genannten auf dieser Vereinbarung beteiligten Organisationen festgelegt.

In den Differenzen unter den Berliner Buchbindern nimmt nun der „Vorwärts“ Stellung. Er äußert sich über die Gründe der Entlassung des Buchbinders Hanke aus dem Betriebe des „Vorwärts“. Es ist entlassen worden, weil er einen Vertrauensbruch begangen und falsche Anschuldigungen erhoben hatte. Somit dürften die falschen bürgerlichen Blätter über ein sozialdemokratisches „Inquisitionsverfahren“ gegenüber dem S. ein Ende haben.

Rach dem Kampfe. Die Aussperrung der Buchbinder in Berlin hat den Arbeitgebern diese Wunden geschlagen. Ihre Betriebe sind derartig eingeschränkt worden, daß nicht einmal 75 Prozent der Aussperrten wieder eingestellt werden konnten. Ein Denkmahl für Scharfmacher!

Ein neuer Streik in Nürnberg. Wegen Lohn Differenzen stellen sämtliche Arbeiter der Expeditions-gesellschaft in Nürnberg die Arbeit ein, nachdem sich ein Fabrikarbeiter als Ordnungsmann bei den Arbeitstätten eingefunden hatte, der den Arbeitern den Ausbruch des Streiks verkündete. Das An- und Abfahren der Kaufmannsküster mußte unterbleiben.

Der Kampf der Nürnberger Verbände gegen das Koalitionsrecht. Eine neue Ungehörlichkeit wird aus Nürnberg gemeldet. Den dortigen Mauern und Bauarbeitern ist das Streikpostenrecht ganz allgemein verboten worden. Die Streikbrecher führen den Einzelkampf gegen die Streikposten, die Behörden den Kampf gegen das Koalitionsrecht.

Schlofferstreik in Waagen. Infolge von Lohn Differenzen treten in Waagen 150 Schloffer der Waggonfabrik Busch in den Ausstand. Das Werk ist zurzeit fast beschäftigt.

Angedrohte Aussperrung. Der Arbeitgeberverband für die Kreise Hagen und Schwelm macht bekannt, daß infolge des Streiks der Formier in einigen Betrieben am 15. September alle im Metallarbeiterverband und im Diebstahl-Durchsuchenden Gewerbeverein organisierter Formier und Diebstahlarbeiter der Temper-Diebstahlbetriebe entlassen werden, wenn nicht bis zum 31. d. M. die zurzeit streikenden Formier die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Die Spaltung der österreichischen Gewerkschaften. Wir haben schon vor längerer Zeit einmal berichtet, daß in Prag unter den dortigen Gewerkschaften eine Richtung besteht, welche die Spaltung der tschechischen Mitglieder von

den österreichischen Zentralverbanden befristet. Eine in Wien abgehaltene Konferenz sprach sich in unzulänglichster Weise gegen die Gründung nationaler (tschechischer) Gewerkschaftsverbände aus. In letzter Zeit sind jedoch diese Bemühungen mit erhöhtem Eifer von den Vertretern der tschechischen Arbeiterpartei betrieben worden. Einen Erfolg haben die Vertreter bereits erzielt bei den Schuhamachern und bei den Steinarbeitern. Nach vielen Mühen und Opfern an Zeit und Geld war es gelungen, auch in der Schuhmacherei eine Zentralisation der verschiedenen Organe durchzuführen. Die Organisationen der Schuhmacher in Böhmen schlossen sich der Zentralorganisation an; dem einträchtigen und gemeinsamen Zusammenarbeiten haben die tschechischen Schuhmacher manche Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse zu danken. Trotzdem wurde auf einer kürzlich in Prag abgehaltenen Konferenz unter dem Einflusse der Prager Gewerkschaftskommission die Lösung der tschechischen Lokalarbeiter vom Zentralverband beschlossen. Und die Trennung nach Nationalitäten soll nicht etwa bloß nach großen Bezirken vorgenommen werden, sondern man will sie durchführen bis in jede Werkstatt hinein. Die Organisationszerstückelung wollen ihre Tätigkeit nicht etwa auf die tschechischen Landestheile beschränken, sondern auch in den deutschen Distrikten Böhmens, selbst in Wien, überhaupt in ganz Oesterreich fortsetzen. Als letzter Anlaß zur Spaltung war der angebotene Beschluß der Generalversammlung, der dahin ging, eine obligatorische Streifensteuer einzuführen, in Wirklichkeit sind es teils hauptsächlich Gründe und teils der Wunsch einer kurzfristigen, rechtshaberischen Eigenbrödelerei. So beschloß sich die Prager Gewerkschaftskommission u. a., daß die Gelder nach Wien an die Zentralorganisation abgeführt werden usw. Dem bösen Beispiel der Schuhmacher sind bereits die Steinarbeiter gefolgt. Am vergangenen Sonntag fand in Prag eine Konferenz der tschechischen Steinarbeiter Böhmens statt und auch hier wurde die Trennung mit 1518 gegen 110 Stimmen beschlossen. Bezeichnend ist die Diskussion, die sich nunmehr über den auszunehmenden Namen entspann. Es wurde vorgeschlagen: „Der tschechisch-städtische Verband der Steinarbeiter Oesterreichs.“ Der Vertreter der Prager Gewerkschaftskommission, Redakteur Swab, empfahl aber den Titel: „Zentralverband der Steinarbeiter Oesterreichs“, der auch angenommen wurde. Und die Widerprüfungen aufmerksam gemacht, erklärte er, dem tschechischen Steinarbeitern im Gegensatz zu den Schuhamachern keine Rechte zu werden. Die Organisationszerstückelung spezifizieren also die tschechischen Arbeiter die Unterstellung der internationalen Arbeitervereine. Diese aber nicht sich unbedingt mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese nationale Sonderbrödelerei anzuerkennen ist, um so mehr, als die Zerstückelungsarbeit nicht bloß auf die Gewerkschaften beschränkt bleiben wird. Hat man doch bereits die Absicht, betriebl. die gleichen Spaltungen auch in der Gewerkschaftsbewegung einzuleiten. Und daß diese Desorganisationsarbeit nicht ohne Einfluß bleiben kann auf die Partei, dürfte ohne weiteres klar sein. Hier liegt also ein allgemeines Interesse des österreichischen und selbst des internationalen Proletariats vor.

Aus den Gerichtssälen.

Ein Vorwärtsartikel vor dem Kriegsgericht.

Ein Militärprozeß, bei dem auch der „Vorwärts“ eine Rolle spielte, gelangte vor dem Allensteiner Kriegsgericht zur Verhandlung. Angeklagt war der Musketier Josef Grabowski wegen Ungehorsams und Fahnenflucht, der Nizefeldweibel Robert Gurto wegen Mißhandlung Untergebener, beide vom 150. Infanterie-Regiment. Am 21. Juni sollte sich beim Bajonettschützen Grabowski etwas Schick geschehen haben, was den Nizefeldweibel Gurto veranlaßte, selbst mit Grabowski zu schießen. Nach heftigen Schreien und Schreien im folgenden Tage krank. Gurto wurde aber zu verurteilen, daß der „Unteroffizier vom Dienl“, mit dem Grabowski zum Meiderdienst, den Militärarzt Dr. Wiewierowski abholt, ging, vielmehr wollte er den Grabowski selbst hinführen und betraf dem Kranken, im Flur auf ihn zu warten. Der Musketier wartete und wartete, der Nizefeldweibel kam aber nicht, so daß Grabowski allein zum Arzt ging. Grabowski hatte am linken Arm einen stark schmerzhaften unangenehmen Wunderguß. Als er geheilt war, sollte er sich um 3 Uhr Nachmittags beim Nizefeldweibel rasiert werden; doch bereits um 1 Uhr betrat Gurto die Stube, traf Grabowski hier an und machte ihm Vorwürfe, daß er noch nicht rasiert sei und verfehlte dem Grabowski dabei mit der Faust drei Stöße gegen das Unterarm, daß Grabowski gegen den Ofen taumelte. Am Abend ging G. zum Friseur, kehrte aber nicht wieder. Er war davongelaufen, stellte sich jedoch bald wieder. In der Hauptverhandlung gelangte ein Artikel des „Vorwärts“, der sich mit dieser Angelegenheit befaßte, zur Verlesung. In eingehender und erschöpfender Weise schloßerte der „Vorwärts“ die Gründe und Ursachen, die Grabowski zur Flucht veranlaßten; der „Vorwärts“-Artikel befaßte sich sehr genau das Bajonettschicksal zwischen dem Nizefeldweibel Gurto und dem Musketier Grabowski, des letzteren hierbei erlittene Verletzung am Arm und alle folgenden Vorgänge in allen Einzelheiten. Kameraden des G. sollen den Artikel veranlaßt haben. Das Gericht erkannte gegen Grabowski auf 15 Tage Gefängnis, gegen den mißhandelnden Nizefeldweibel auf eine Woche Gefängnis.

„Ehrenmänner“.

In Schweinfurt traten zwei Arbeiter zwei Wochen vor einem Streik dem Verbands bei und als sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, dem Verbands und seinen Bestrebungen treu zu bleiben, erhielten sie wochenlang Streikunterstützung. Eines Tages aber entdeckte man, daß beide trotzdem als Streikbrecher arbeiteten und daß sie die übrigen Arbeiter also auf niederträchtigste betrogen. Weil zwei der betrogenen Arbeiter nun diese beiden „Ehrenmänner“ nannten, waren sie wegen Vergehens gegen § 153 angeklagt. Selbst der Amtsrath erklärte den „Ehrenmännern“, daß sie „eine recht zweifelhafte und höchst bedenkliche Rolle gespielt“ hätten. Trotzdem wurde auf einen Monat Gefängnis erkannt. Der Vertreter der Anklage hatte gar sechs Wochen beantragt.

Von Stufe zu Stufe.

Der 27 jährige Kaufmann Albert Fieber, der Sohn aus einer Beamtenfamilie in Oppeln, hat schon wiederholt mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht. Zuletzt hatte er dann wegen Meineids eine längere Zuchthausstrafe erlitten. Als er wieder in Freiheit kam, gelang es ihm in Striegau auch gar bald, eine Kondition zu finden, in der er indes nicht lange verblieb. Während seiner Stellunglosigkeit hatte er sich dann in Striegau und später noch einander bei mehreren Familien in Breslau eingelagert. Unter allerhand Vorpiegelungen gelang es ihm jumeil, noch die Wirkstoffe anzupumpen, worauf er, die Miete ebenfalls schuldig bleibend, plötzlich verschwand. Damit noch nicht genug, er ließ auch noch mitgehen, was er in Striegau und Schuß erreichen konnte. Zu diesen Untaten kam noch ein Einbruchsdiebstahl, durch den er sich 130 Mark verschafft hatte, und eine Beschleifung. Den Beschleif, über 100 Mark lautend, hatte er schließlich mit der Unterschrift seines Vaters versehen. Die Breslauer Strafkammer verurteilte ihn nun zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Wenn ein Nichts der Prekäre.

Im Dezember 1904 hatte der Arbeiter Nidow in Peilau eine Waise, in der Gegend von Neumark, mit dem Schneiden von Besenruten zu tun. Da gewahrte er einen großen Vogel, der auf eine Fische stieg und von dort plötzlich zur Erde herunterfiel. Er betrachtete das Unglücksvieh mit uninteressierten Augen, es war ein prächtiger Birkhahn. Er erzählte dann dem Gutsherrn Alexander Buch den Vorfall und dieser ließ ihn den Hahn herbeiführen und kaufte ihn für drei Mark. Die Jagdgerechtigkeit in besagtem Walde war aber an „Breslauer Herren“ verpachtet und der Galtshofbesitzer von Peilau, der durch den Arbeiter ebenfalls von dem Vorfall unterrichtet worden war, ging

zu Buch und rief ihm, den Hahn lieber wieder rückgängig zu machen, er könne unter Umständen noch üble Folgen für ihn haben. Buch gab daraufhin dem Arbeiter den Hahn wieder zurück, doch dieser hatte die drei Mark inzwischen bereits verbraucht, jedoch er sie nicht zurückgeben konnte. Der Hahn soll dann vom Arbeiter wieder in den Wald zurückgetragen worden sein. Das Unglücksvieh dürfte dort schon halb verfaulen gewesen sein, als die Geschichte doch noch zu Buch wurde. Wegen Jagdvergehens verurteilte dann das Schöffengericht den Arbeiter zu vierzehn Tagen Gefängnis (!) und den Gutsherrn wegen Hehlerlei zu einem Tage Gefängnis. Letzterer legte Berufung ein, und die Breslauer Strafkammer nahm nun an, daß nicht Hehlerlei, sondern Anstiftung zum Jagdvergehen vorliege. Demzufolge wurde auf eine Geldstrafe von drei Mark erkannt.

So haben sich also wegen des toten Hahnes sechs Gefangene und zwei Latenrichter, zwei Staatsanwälte, zwei Rechtsanwälte, die Köpfe zerbrechen müssen. Ein ganzes Heer von Gerichtsschreibern und Kanzlisten haben ihre Federn gerührt, Sobiel Umstände macht nicht einmal ein arbeitsloser Arbeiter, der im Kaufteigebenen endet.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. August.

Der Streik der Bauhändler.

Ist beschlossen. Wie wir berichteten, sind die in Baukunst- und Konstruktions-Schlosserei beschäftigten Schlosser, Schmiede und Hilfsarbeiter am 21. d. Mis. in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wurde den in Betracht kommenden Unternehmern ein Lohnstarif zur Anerkennung bzw. Einführung in ihren Betrieben übermittelt und definitive Antwort bis zum 25. August verlangt. Es wurden gleichzeitig Betriebskommissionen gewählt, die bei den Arbeitgebern wegen des Tarifvertrages vorstellig werden sollten und der Gesellenauschuss beauftragt, die Schlosserinnung zu Verhandlungen zu veranlassen.

In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung wurde Bericht erstattet. Die meisten Arbeitgeber haben einen bestimmten Bescheid abgelehnt, bis sie sich schlüssig über den Tarif gemacht haben. Die Innung hat bereits eine Sitzung abgehalten, die aber schwach besucht gewesen ist. Freitag soll nochmals eine Versammlung der Arbeitgeber stattfinden. Statt der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit wird die Innung 10 Stunden, statt des vorherbestimmten Mindestlohnes von 32 Pf. im ersten Gelellensjahr nur 30 Pf. bewilligen. Die Löhne für alle übrigen Gelellensjahre sollen nach Festlegung bzw. Vereinbarung gesetzt werden. Für Montage soll 3 Mk. nur 2 50 Mk. pro Tag. Etwas merkwürdig ist das Schreiben der Firma Schammel an die Ortsverwaltung, das auch der Komit nicht entbehrt:

„Ich empfinde soeben in zwei Exemplaren den Lohnstarif, da ich aber weder Bau-, Kunst- und Konstruktions-Schlosserarbeiten herstelle, sondern ausschließlich Wäschmangeln und Aufzüge fabriziere, also demnach nur Maschinenfabrik habe, kann auch der geordnete Lohnstarif für mich nicht maßgebend sein. Im übrigen fabrizieren Ernst Hoffmann u. Co., Gebr. Guttmann, Roschentscher, Wagonfabriken von Hoffmann und Linke dieselben Arbeiten wie ich, es müßten demnach auch diese Fabriken — da Ausnahmen wohl unmöglich — den Tarif erhalten.“

Das Schreiben verursachte natürlich große Heiterkeit, bisher mußte niemand, daß die Wagonfabriken, Gebr. Guttmann usw. Wäschmangeln und Aufzüge fabrizieren. Es wurde von einem Vertreter der Innung gestellt, daß in den Betrieben, wo Mittwoch, den 29. August, nicht anerkannt wird, die Arbeit eingestellt werden soll. Man motivierte den Antrag damit, daß sonst die Bewegung verschleppt werden würde.

Bezirksleiter Schlegel wie auch Habak suchten die Kollegen auf einen anderen Weg zu führen. Die gestellten Bedingungen der Innung seien, erklärten sie, allerdings unannehmbar, es ginge aber unter keinen Umständen an, schon jetzt den Streik zu erklären. Freitag wird nochmals verhandelt und diese Zeit müsse unter allen Umständen abgewartet werden. Erfolgt dann keine Verständigung, dann soll am Montag, den 3. September, die Arbeit nicht aufgenommen werden. So viel Konzessionen müsse man den Arbeitgebern schon machen. Schlegel verdrückte den Vorschlag in eine Resolution, die von der Versammlung angenommen werden sollte. Es entstand eine sehr lange Debatte; die Antragsteller für die sofortige Arbeitseinstellung, blieben auf ihrem Standpunkt stehen, sie wollten partout von einer Hinausschiebung nichts wissen. Es wurde endlich nach Betrieben mittels Stimmzettel abgestimmt. Das Resultat war ein überraschendes. Die Arbeiter folgender Betriebe erklärten sich für Arbeitseinstellung am Mittwoch, falls der Tarif nicht genehmigt wird: Gatzmann, Guhr, Drescher, Sarowsky, Geldner, Wischel, Clasen, Fentk u. Halpapp, Hellmann, Sprick u. Sagan. Die Unterhandlungen mit der Innung sollen weiter geführt werden.

Die Frauen in der Waisenflege.

Die Erziehungsarbeit an den Kleinsten und Kleinen, den schwierigsten Teil der ganzen Erziehungsarbeit, hat man von jeher den Frauen allein überlassen. Schwere Kämpfe aber hat es gekostet, ehe die Frau auch an der öffentlichen Erziehungsarbeit teilnehmen durfte. Nicht zuletzt waren es die Arbeiter und die Sozialdemokratie, die hier für die eigentlich naturgemäß verständliche Heranziehung der Frau mit aller Entschiedenheit eingetreten sind. Allmählich hat man dann auch in den Umständen der Behörden Respekt vor der weiblichen Erziehungsarbeit außerhalb der Kleinsten erhalten. So gar so weit sind wir nunmehr gekommen, daß der preussische Justizminister in höchst eigener Person für die häusliche Sozialisation von Frauen als Vormünder sich kürzlich ins Zeug legt. In einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern vom 28. Mai d. Js. heißt es u. a. über Frauen als Waisenflegerinnen: Die mit der Bestellung von Frauen zu Waisenflegerinnen gemachten Erfahrungen sind so erfreulich, daß der gegen diese Maßnahme wohl mehr aus Vorurteil als aus sachlichen Gründen gerichtete Widerstand überwunden werden muß. Der hohe Wert des Waisenflegerinnenamtes wird in den Betrieben sowohl der Justiz als der Verwaltungsbehörden last aller Provinzen bezeugt; unter dem zunehmenden Hinweis darauf, daß Frauen es besser als Männer verstehen, die zur Pflege hungernder Kinder geeigneten Familien auszuwählen und Lebenshaltung und Erziehung der Kinder zu beaufsichtigen, wird namentlich von einem der Herren Oberpräsidenten über die erwiderten Erläuterungen berichtet, die sich aus der ausgedehnten Anwendung dieses Instituts ergeben haben. In größeren Städten der betreffenden Provinz ist jedem Stadtbezirk eine Waisenflegerin zugezählt; in kleineren Gemeinden untersteht sich die Erziehung der Waisenkinder der gleichen Aufgabe. Derartige Maßnahmen werden sich zu allgemeiner Verbreitung eignen. In Anerkennung der Bewährung der Frauen als Waisenflegerinnen hat der Herr Justizminister den Vormundschaftsrichtern empfohlen, Frauen häufiger als Vormünder zu bestellen.

Die Schlichtung der Differenzen bei den Holzarbeitern

Ist hoffentlich einen Schritt vorwärts gekommen. In einer wiederum überaus stark besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung, die am Dienstag im großen Saale des „Kranzprings“ tagte, wurde die Neuwahl der Lokalverwaltung vorgenommen. Die Beratung darüber zeitigte eine längere, teilweise wieder sehr lebhaft Debatt. Die sämtlichen unbesoldeten Ämter waren zu besetzen. Die Wahlen fanden in geheimer Abstimmung statt. Mit Ausnahme des ersten Schriftführers und des ersten Bibliothekars, die wiedergewählt wurden, wurden die übrigen Posten durch andere Mitglieder neu besetzt. Die Wahlen ergaben das folgende Resultat: Zweiter Bevollmächtigter wurde Ehrlich, zweiter Kassierer Böllener, erster Schriftführer Prescher, zweiter Schriftführer Wolff, 1. Bibliothekar Scholz, zweiter Bibliothekar Patzschka. Zu Revisoren, die nun außerhalb der Verwaltung stehen sollen, wurden die Mitglieder Krause, Hübner und Sternitzke bestimmt.

Es folgte dann die Beratung und Beschlußfassung der eingegangenen Anträge, die Besetzung des freigewordenen Kassiererpostens betreffend. Ueber einen Antrag, daß der neu zu wählende Kassierer eine Kautions von 2000 Mark zu hinterlegen habe, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Stellung soll in der „Volkswacht“ öffentlich ausgeschrieben werden. Das Gehalt des Kassierers soll, wie bisher 1500 Mark betragen. Von einer Bevorratung auswärtiger Bewerber wurde Abstand genommen. Einige Redner hatten sich davon eine leichtere Beilegung der bestehenden persönlichen Differenzen versprochen. Zur vielumstrittenen Manlofrage erklärte der Kassierer Buschmann, daß die Zuführung des Manlogebüdes (165 Mk.) an die Lokalkasse erfolgt sei. Für den Kassierer soll ein Geldschrank angeschafft werden, auch wurde der neuen Verwaltung anheimgegeben, die Erledigung der Kassengeschäfte von dem „Gewerkschaftshaus“ nach einem Lokal in der Ursulinerstraße zu verlegen. Nach einigen Erledigungen interner Natur schloß der Gauvorsitzende Dietrich die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommene dreifachen Hoch auf die Holzarbeiterbewegung.

Die neugewählte Lokalverwaltung hält morgen, Donnerstag, Abend, im Bureau ihre erste Sitzung ab.

* Ein neuer Stultakreuzstreik.

Die Stultakreuz hielten am Dienstag eine Versammlung ab, die sich mit der Maßregelung ihres Kollegen Reimann befaßte. Reimann hatte eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen wegen Streikvergehens zu verbüßen. Als er wieder die Arbeit aufnehmen wollte, wurde er nicht mehr eingestellt, obwohl er noch übertragene Arbeit zu fertigen hatte. Die Versammlung beschloß, für die Wiederanstellung Reimanns in der Gesamtheit zu wirken und zu diesem Zwecke in den Streik einzutreten.

* Die preussisch-deutsche Freiheit soll auf einen Montag Genosse Wibera, der hiesige Lokalbeamte des Maurerverbands, entlassen, der seiner Zeit von der Breslauer Strafkammer wegen Vergehens gegen § 153 G.-O. verurteilt worden war. Genosse Wibera hat am gestrigen Dienstage seine Strafe angetreten. Bei den besonderen Verhältnissen, unter denen vor allem Arbeiterführer bei uns zu Lande leben müssen, wird Genosse Erich Wibera unsere Erachtens selbst hinter den Gefängnisgittern die liebe Freiheit nicht allzusehr vermessen. — Während Wiberas Abwesenheit werden die lokalen Verbandsgeschäfte der Mauter von dem Genossen Malinka wahrgenommen werden, der mit der Vertretung beauftragt worden ist. Die Geschäftsstunden finden zu der bisherigen Zeit im Verbandslokale, Margaretenstraße Nr. 17, statt.

* Anfragen und Wünsche an die Lokal-Kommission sind für die Dauer der Inhaftierung des Genossen Wibera an den Genossen Gustav Scholich, Fieberstraße 15, zu richten. Selber sind nach wie vor an den Genossen Mag Wiener, Hohenzollernstraße 7, zu senden.

* Der Wirt zur Anglerherberge in Böpelwitz scheint sich aus Arbeiterkundschaft nicht besonders viel zu machen. Trotzdem er den Revers wegen Vergabe seines Saales zu Versammlungen unterschrieben hat, ließ er es sich doch nicht nehmen, schon zu wiederholten Malen unsere Genossen in dieser Beziehung an der Nase herumzuführen. Außerdem aber hat er am vorigen Montag deutlich zu erkennen gegeben, wie wenig ihm auch an dem privaten Besuche von Arbeitern gelegen ist. Unser Genosse Paul Wolf und dessen Frau wissen davon ein Liedchen zu singen. Trotzdem sie sich am letzten Montage in der ruhigsten, anständigen Weise in dem Lokale bewegten, ihr Eisbier verzehrten und ein Glas Bier tranken, wurden sie vom Wirte ohne jede Ursache in der größten Weise angefahren und, als sie gegen die Behandlung protestierten, herausgeworfen, ja sogar mit Peitsche und Hund bedroht. „Ich brauche nicht von den Arbeitern zu leben“, erklärte der noble Wirt. Nun, wir meinen, das läßt sich denn doch auf einen Versuch an. Will der Herr ihn wagen?

* Ungetaufte Schulkinder. Der Oberpräsident zu Breslau hat bezüglich der ungetauft zur Schule angemeldeten Kinder folgende Verfügung an die Bezirksregierungen erlassen: „Unter Bezugnahme auf den Ministerialerlass vom 27. September 1880 wird die Königliche Regierung erneut veranlaßt, den Kreis- und Ortschulinspektoren aufzugeben, daß jedes Kind evangelischer Eltern bei seiner Aufnahme in die Schule eine Bescheinigung darüber, daß es getauft ist, beizubringen habe, sowie dieselben anzuweisen, den Requisitionen der Geistlichen bezüglich ihrer Anfragen in Betreff etwa ungetauft gebliebener Schulkinder bereitwillig zu entsprechen. Die Geistlichen sind angewiesen, die betr. Auszüge aus dem Kirchenbuch unentgeltlich zu geben. — Der Zweck dieser Verfügung kann doch — da selbstverständlich kein Kind getauft zu sein braucht, was in die Schule Aufnahme zu finden — nur der sein, daß die Schule der Kirche zu Hilfe kommt, um auf die Eltern bisher ungetaufter Kinder einzuwirken zu können. Unsere Waisenkasse hat

